



Bundesamt
für Wirtschaft und
Ausfuhrkontrolle



Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW)

Merkblatt Antragstellung, technische Anforderungen und
Verwendungsnachweis

Wichtiger Hinweis zur jeweils geltenden Fassung

Bitte beachten Sie: Dieses Merkblatt wird regelmäßig überarbeitet. Die einzelnen Fassungen stellen die zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung jeweils gültige Verwaltungspraxis dar. Das Merkblatt soll insofern zur Information dienen und Transparenz herstellen. Rechtlich maßgeblich für die Entscheidung über Förderanträge ist allein die im Zeitpunkt der jeweiligen Antragstellung aktuelle, tatsächliche Verwaltungspraxis.

Der Zeitpunkt des Inkrafttretens sowie die Nummer einer Fassung sind jeweils in folgender Tabelle vermerkt:

Version	Änderungen	Datum des Inkrafttretens
1.0	Merkblätter Merkblatt Modul 4	15.09.2022 27.02.2023
1.1	Redaktionelle Anpassungen Regelungen zum SCOP, Anpassung der Begriffsdefinitionen	26.09.2022 14.02.2023
2.0	Erklärungen zum Verwendungsnachweis	14.02.2023
3.0	Zusammenfassung der Merkblätter und inhaltliche Überarbeitung	01.01.2026

Zur Vermeidung von Missverständnissen werden frühere Versionen des Merkblatts von der Webseite entfernt. Die Speicherung der für einen Antrag gültigen Fassung des Merkblatts wird Antragstellern daher empfohlen.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	5
1 Einführung.....	6
2 Antragsberechtigung.....	7
3 Art und Umfang der Förderung.....	7
4 Antragstellung.....	8
4.1 Allgemein.....	8
4.1.1 Allgemeine Anforderungen für alle Module.....	8
4.1.2 Vergabe von Aufträgen, Vorzeitiger Maßnahmenbeginn.....	9
4.1.3 Vergabedokumentation.....	11
4.1.4 Nachweise zur Plausibilisierung der Ausgabenpositionen im Finanzierungsplan.....	11
4.1.5 Berechnung Primärenergie- und CO2-Einsparung.....	12
4.1.6 Bevollmächtigung, Vollmacht.....	12
4.1.7 Wirtschaftlichkeitslückenberechnung.....	12
4.1.8 Verlängerung, Ausgabenverschiebungen, Aufstockung und Reduzierung.....	15
4.1.9 Mehrere Netzbetreiber bzw. Antragsteller.....	16
4.1.10 Überprüfung der Einhaltung der Zweckbindung der geförderten Investitionsgegenstände.....	17
4.1.11 Ausgaben bei verbundenen Unternehmen.....	17
4.1.12 Umfirmierung, Umstrukturierung, Übertragung des Zuwendungsbescheids.....	18
4.2 Modul 1 Machbarkeitsstudien und Transformationspläne.....	18
4.2.1 Allgemeines.....	18
4.2.2 Mindestinhalte Machbarkeitsstudie und Transformationsplan.....	19
4.2.3 Mindestinhalte Planungsleistungen angelehnt an Leistungsphasen 2 bis 4.....	21
4.3 Modul 2 Systemische Förderung.....	23
4.3.1 Allgemein.....	23
4.3.2 Projektbeschreibung.....	23
4.3.3 Planungsunterlagen.....	25
4.3.4 Nachweise zur Plausibilisierung der Ausgabenpositionen im Finanzierungsplan.....	25
4.3.5 Zeit- und Ressourcenplan.....	26
4.4 Modul 3 Einzelmaßnahmen (Easy-Access-Maßnahmen).....	26
4.4.1 Antragstellung.....	26
4.4.2 Projektbeschreibung.....	27
4.4.3 Planungsunterlagen.....	27
4.4.4 Nachweise zur Plausibilisierung der Ausgabenposten im Finanzierungsplan.....	27
4.4.5 Zeit- und Ressourcenplan.....	28
4.5 Modul 4 Betriebskostenförderung.....	28
4.5.1 Antragstellung.....	28

4.5.2	Bewilligungszeitraum und Mittelbindung.....	28
4.5.3	Förderung von Solarthermie- und PVT-Anlagen.....	29
4.5.4	Förderung von Wärmepumpen.....	29
4.5.5	Anlagenbeschreibung.....	32
4.5.6	Messkonzept.....	32
5	Förderfähige Komponenten und Leistungen.....	33
5.1.1	Modul 1.....	33
5.1.2	Modul 2 und 3.....	33
6	Anforderungen an die Komponenten	39
6.1	Wärmeerzeuger.....	39
6.1.1	Besicherungsanlagen.....	39
6.1.2	Feuerungsanlagen für Biomasse.....	39
6.1.3	Solarthermie.....	41
6.1.4	Tiefengeothermie.....	41
6.1.5	Wärmepumpen.....	41
6.2	Wärmespeicher	41
6.3	Wärmenetzleitungen.....	41
7	Verwendungsnachweis.....	42
7.1	Allgemein.....	42
7.2	Zeitpunkt der Einreichung.....	42
7.2.1	Modul 1.....	42
7.2.2	Modul 2.....	42
7.2.3	Modul 3.....	43
7.2.4	Modul 4.....	43
7.3	Einzureichende Unterlagen.....	43
7.4	Nachweise zum Finanzierungsplan	43
7.5	Belegliste	44
7.6	Bestätigung des Wirtschaftsprüfers oder Steuerberaters	45
7.7	Sachbericht	45
8	Begriffsbestimmungen und Erläuterungen	46

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Begriff
AGFW	Energieeffizienzverband für Wärme, Kälte und KWK e. V.
BEW	Bundesförderung für effiziente Wärmenetze
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BImSchV	Bundesimmissionschutzverordnung
BioSt-NachV	Biomassestrom-Nachhaltigkeitsverordnung
BWZ	Bewilligungszeitraum
CCS	Carbon Capture and Storage
CCU	Carbon Capture and Utilization
EE	Erneuerbare Energie
GEG	Gebäudeenergiegesetz
HOAI	Honorarordnung für Architekten und Ingenieure
JAZ	Jahresarbeitszahl
LPh	Leistungsphase
MBS	Machbarkeitsstudie
KrWG	Kreislaufwirtschaftsgesetz
MSR-Technik	Mess-, Steuer-, Regelungstechnik
KWK-Anlagen	Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen
PVT	Photovoltaik-Thermie
RED	Renewable Energy Directive
RDG	Rechtsdienstleistungsgesetz
Richtlinie	Richtlinie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz für die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) vom 1. August 2022 (BANz AT 18.08.2022 B1)
(S)COP	(Seasonal) Coefficient of Performance
TAB	Thermische Abfallbehandlung
THG-Neutralität	Treibhausgasneutralität
Trafoplan	Transformationsplan
UStG	Umsatzsteuergesetz
VN	Verwendungsnachweis
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
VZM	Vorzeitiger Maßnahmenbeginn
WLB	Wirtschaftlichkeitslückenberechnung
ZN	Zwischennachweise
ZWB	Zuwendungsbescheid

1 Einführung

Dieses Merkblatt konkretisiert die Anforderungen der Richtlinie für die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) vom 1. August 2022 (BAnz AT 18.08.2022 B1). Das Ziel des Förderprogramms ist es, einen Beitrag zur Erreichung der Treibhausgasneutralität von Energie- und Wärmeversorgung bis zum Jahr 2045 zu leisten, indem es Investitionen in die Wärmenetzinfrastruktur in Deutschland anreizt. Es besteht aus vier Modulen:

- Modul 1: Förderung von Transformationsplänen oder Machbarkeitsstudien
- Modul 2: Systemische Förderung eines Wärmenetzes (Investitionsförderung)
- Modul 3: Förderung von Einzelmaßnahmen an einem Wärmenetz
- Modul 4: Betriebskostenförderungen für Solarthermieranlagen und Wärmepumpen

Hinweis: Die in der BEW-Förderrichtlinie geregelte Betriebskostenförderung im Rahmen von Modul 2 wird administrativ wegen der separaten Antragstellung unter „Modul 4“ geführt. Diese Benennung verwendet auch dieses Merkblatt.

Das Modul 1 fördert für ein bestehendes Wärmenetz die Erstellung eines Transformationsplans (Trafoplan) und bei einem neu zu bauenden Wärmenetz die Erstellung einer Machbarkeitsstudie (MBS). Ziel ist die Erstellung eines Konzepts zur Treibhausgasneutralität (THG-Neutralität) mit den hierfür notwendigen Planungsleistungen angelehnt an die Leistungsphasen (LPh) 2 bis 4 der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI). Wurde bereits eine MBS bzw. ein Trafoplan nach den Kriterien der BEW erstellt und mindestens die LPh 2 bis 3 durchgeführt, kann auch direkt ein Antrag für Modul 2 oder 3 gestellt werden. Für einen Antrag in Modul 2 oder 3 muss vorher keine Förderung eines Antrags in Modul 1 stattgefunden haben.

Modul 2 fördert die Transformation eines bestehenden oder den Neubau eines Wärmenetzes, so dass dieses bis 2045 treibhausgasneutral (Transformation) bzw. zu 75% mit erneuerbaren Energien oder Abwärme (Neubau) versorgt wird. Dauert der (Um)bau vier Jahre (ggf. mit zwei Jahren Verlängerung), so ist ein einziger Antrag in Modul 2 möglich. Ansonsten sind Maßnahmenpakete von jeweils vier Jahren zu planen, die dann mit mehreren aufeinanderfolgenden oder überlappenden Anträgen in Modul 2 umzusetzen sind.

Das Modul 3 fördert kurzfristige Einzelmaßnahmen in Bestandsnetzen.

Für den Betrieb von Solarthermieranlagen und Wärmepumpen kann vor der Inbetriebnahme der jeweiligen Anlage ein Antrag im Modul 4 auf Betriebskostenförderung gestellt werden. Wird ein Antrag später gestellt, ist eine Förderung auch möglich, der Förderzeitraum wird aber um den Zeitraum zwischen Inbetriebnahme und Antragstellung gekürzt. Dazu muss die Solarthermieranlage bzw. Wärmepumpe in einem Antrag in Modul 2 oder 3 (mit bestehendem Trafoplan) gefördert worden sein.

2 Antragsberechtigung

Antragsberechtigt sind:

- Unternehmen i.S.v. § 14 BGB
- Kommunen (soweit wirtschaftlich tätig)
- kommunale Eigenbetriebe und kommunale Unternehmen
- kommunale Zweckverbände
- eingetragene Vereine
- eingetragene Genossenschaften
- Contractoren, sofern sie die Voraussetzungen und Verpflichtungen der Richtlinie erfüllen. Für sie gelten die in Anhang 2 der Richtlinie genannten Anforderungen. Der Auftraggeber des Contractors muss nicht zu den genannten Antragsberechtigten gehören.

Einen Antrag in Modul 1 kann nur derjenige stellen, der über die Umsetzung der Maßnahmen entscheiden kann oder nachweisen kann, dass dies mit dem Entscheider abgestimmt ist. Einen Antrag Modul 2 und 3 kann grundsätzlich nur stellen, wer das Eigentum an den geförderten Komponenten erwerben wird und beabsichtigt, das Wärmenetz für die Dauer der Zweckbindungsfrist – alleine oder ggf. gemeinsam mit einem Dritten – selbst zu betreiben. Die Antragstellung mit dem Ziel der späteren Veräußerung des Wärmenetzes an einen Dritten ist ausgeschlossen. Einen Antrag in Modul 4 kann nur derjenige stellen, der den dazugehörigen Antrag in Modul 2 bzw. 3 gestellt hat.

Befindet sich der Antragsteller in Gründung, kann eine abschließende Bearbeitung des Vorgangs erst erfolgen, wenn die Eintragung in das entsprechende Register (z. B. Handels- oder Genossenschaftsregister) erfolgt ist. Hierfür ist die Eintragung über die Upload-Seite zum Vorgang hochzuladen:

www.bafa.de/bew -> Informationen zum Thema -> Formulare -> Upload-Seite

Im Zuwendungsbescheid (ZWB) kann immer nur derjenige adressiert werden, der die Ausgaben für die zu fördernden Maßnahmen leistet.

3 Art und Umfang der Förderung

Die Förderung erfolgt als Projektförderung in Form der Anteilsfinanzierung auf Basis der Netto-Ausgaben und wird als nichtrückzahlbarer Zuschuss gewährt. Umsatzsteuer ist nur förderfähig, wenn sie nicht vom Antragsteller nach § 15 UStG als Vorsteuer abgezogen werden kann. Dies ist vom Antragsteller bei der Antragstellung anzugeben. Bei Unternehmen, die teilweise vorsteuerabzugsberechtigt sind, können nur die Netto-Ausgaben berücksichtigt werden.

Die Förderung beträgt pro Antrag im

- Modul 1 50% der förderfähigen Ausgaben, aber maximal 2.000.000 Euro
- Modul 2 und 3 40% der förderfähigen Ausgaben, aber maximal 100.000.000 Euro
- Modul 4 maximal 100.000.000 Euro

In den Modulen 2, 3 und 4 ist die Förderung zudem auf die zu ermittelnde Wirtschaftlichkeitslücke (WLB) begrenzt.

Die Richtlinie ist am 15.09.2022 in Kraft getreten und hat eine Geltungsdauer von sechs Jahren. Förderanträge, die innerhalb der Geltungsdauer der Richtlinie eingehen, werden grundsätzlich auch nach dem Ablaufdatum bearbeitet und bei Vorliegen der Voraussetzungen bewilligt. Die Gewährung der Förderung steht unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit der Haushaltsmittel.

4 Antragstellung

4.1 Allgemein

Anträge sind ausschließlich über das dafür vorgesehene elektronische Antragsportal zu stellen:

www.bafa.de/bew -> Informationen zum Thema -> Formulare -> Antragsformular

4.1.1 Allgemeine Anforderungen für alle Module

Grundsätzlich können nur Komponenten eines Wärmenetzes gefördert werden, die im Eigentum des Antragstellers verbleiben. Zusätzlich müssen die Komponenten und deren Planung Anforderungen erfüllen (siehe Kapitel 6).

Mindestgröße

Das Wärmenetz muss mindestens 17 Gebäude oder 101 Wohneinheiten mit Wärme versorgen. Dies muss zum Ende des BWZ erfüllt sein. Nur bei einem neu zu errichtenden Wärmenetz mit mehreren Maßnahmenpaketen gilt dabei das Ende des BWZ des Maßnahmenpakets, in dem das Wärmenetz in Betrieb genommen wird.

Mindestanteil erneuerbarer Energien und Abwärme und treibhausgasneutrales Zielbild bis 2045

Bei einem neu errichteten Wärmenetz muss mindestens 75% der Wärmemenge aus erneuerbarer Energien (EE) und/oder Abwärme stammen. Dies muss zum Ende des BWZ erfüllt sein. Bei mehreren Maßnahmenpaketen gilt das Ende des BWZ des Maßnahmenpakets, in dem das Wärmenetz in Betrieb genommen wird. Für die Transformation von Wärmenetzen gilt keine Vorgabe von 75% EE und/oder Abwärme. Es sind aber die Anteile von EE und/oder Abwärme an der Wärmeerzeugung für die Wegmarken 2030, 2035, 2040 und 2045 anzugeben. Ist die Erreichung der Wegmarken nicht plausibel, kann keine Förderung gewährt werden.

Maximaler Biomasseanteil

Je nach Leitungslänge des Wärmenetzes gelten Vorgaben für den maximalen Anteil an Biomasse:

Leitungslänge	Neubau Maximaler Anteil bis zum Ende des BWZ (des Maßnahmenpakets der Inbetriebnahme)	Neubau und Transformation Maximaler Anteil im Endzustand (spätestens 2045)
< 20 km	100%	100%
20 bis 50 km	35%	25%
> 50 km	25%	15%

Maximales Temperaturniveau

Beim Neubau von Wärmenetzen dürfen nur Wärmenetze untersucht/gebaut werden, die zu keinem Zeitpunkt 95 °C im Vorlauf überschreiten.

Für zu transformierende Wärmenetze gilt keine maximale Vorlauftemperatur von 95°C. Es ist aber plausibel zu beschreiben, wie die Temperatur bis 2045 auf höchstens 95°C gesenkt wird. Benötigen einzelne Anschlussnehmer höhere Temperaturen ist es förderunschädlich, wenn die Anschlussnehmer die Temperatur dezentrale erhöhen. Die Ausgaben für diese dezentralen Maßnahmen sind aber nicht förderfähig.

Die Vorgabe von 95 °C muss ausnahmsweise nicht eingehalten werden, wenn eine förderfähige Wärmequelle (z. B. Geothermie) ganzjährig eine höhere Temperatur besitzt und durch eine Absenkung keine wesentlich bessere Ausnutzung der Wärmequelle realisiert werden kann.

Maximaler Anteil fossil befeuerter Anlagen

In neu zu errichtenden Wärmenetzen dürfen maximal 10% der Wärmemenge im Jahresmittel aus gas- oder ölbefeuerten Kesselanlagen stammen. Inklusive Anlagen zur gekoppelten Strom- und Wärmeerzeugung darf der maximale Anteil gas- oder ölbefeuerten Anlagen an der eingespeisten Wärmemenge 25% nicht überschreiten. Eine Einspeisung aus kohlebefeuerten Anlagen ist nicht zulässig. Für die Transformation von Wärmenetzen gilt kein maximaler Anteil fossil befeuerter Anlagen im Ausgangszustand. Es ist aber zu beschreiben, wie alle fossilen Anlagen bis 2045 abgeschaltet werden (siehe Anhang 3 Richtlinie BEW).

Nicht förderfähige Wärmeerzeuger und Wärmequellen

Nicht förderfähige oder fossile Wärmeerzeuger dürfen im Wärmenetz betrieben werden, solange die Anforderungen der Richtlinie BEW und des Merkblatts eingehalten werden. Fossile Interimslösungen während der Bauphase dürfen bis zum Ende des BWZ (des Maßnahmenpakets der Inbetriebnahme) betrieben werden.

Wärme darf aus nicht förderfähigen Quellen bezogen werden, wenn diese Wärmemenge im Jahresmittel 10% der gesamten Wärmemenge nicht überschreitet. Z. B. sind der Netzzurücklauf sowie warmes Wasser aus einem Kraftwerksprozess oder einer Müllverbrennung keine förderfähigen Wärmequellen.

Eine Quelle für eine Wärmepumpe ist nur dann förderfähig, wenn sich kein Wärmenetz dazwischen befindet.

Bereits bestehende Untersuchungen

Bereits erbrachte Voruntersuchungen müssen von den beantragten Leistungen abgrenzbar sein und sind im Antrag mit einzureichen. Diese Untersuchungen sind aber nicht förderfähig.

4.1.2 Vergabe von Aufträgen, Vorzeitiger Maßnahmenbeginn

Auftragsvergabe nach wettbewerblichen Gesichtspunkten, Vergabeverfahren

Aufträge dürfen nur an fachkundige und leistungsfähige Anbieter nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu wirtschaftlichen Bedingungen vergeben werden; soweit möglich, sind dazu drei Angebote einzuholen; Verhandlungen und Ergebnisse sind zu dokumentieren. Die Zuwendungsbescheide des BAFA enthalten abweichend von Nr. 3.1 ANBest-P und im Einklang mit den Verwaltungsvorschriften zu § 44 BHO eine entsprechende Auflage (§ 36 Abs. 2 VwVfG).

Soweit Zuwendungsempfänger (z. B. als Gebietskörperschaften) nach dem für sie geltenden Landesrecht an das Vergaberecht gebunden sind, kann das BAFA als Bewilligungsbehörde davon nicht entbinden. Für Gebietskörperschaften gilt die Auflage nach Nr. 3 ANBest-GK, wonach bei Auftragsvergaben die nach den einschlägigen haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Zuwendungsempfängers anzuwendenden Vergabegrundsätze zu beachten sind. Soweit Zuwendungsempfänger vergaberechtlichen Ausnahmeregelungen (z. B. gemäß § 108 oder § 138 GWB) unterliegen, können diese Ausnahmen auch in der BEW angewendet werden. In der Vergabedokumentation ist zu erläutern, warum Ausnahmeregelungen zur Anwendung kommen.

Die Einhaltung der Auflagen zur Auftragsvergabe wird im Rahmen der Prüfung der Zwischen- (ZN) bzw. Verwendungsnachweise (VN) kontrolliert, Verstöße werden sanktioniert (siehe dazu auch den Abschnitt 4.1.3).

Grundsatz: Auftragserteilung nach Zuwendungsbescheid

Nach der Verwaltungsvorschrift Nr. 1.3 zu § 44 Bundeshaushaltsordnung (BHO) dürfen Zuwendungen zur Projektförderung nur für solche Vorhaben bewilligt werden, die noch nicht begonnen worden sind. Als Vorhabenbeginn gilt der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrags.

Aufträge für Lieferungen oder Leistungen, für die eine Förderung beantragt wird, dürfen daher grundsätzlich erst nach Bekanntgabe des Zuwendungsbescheids erteilt werden. Maßgeblich ist der Zeitpunkt des Vertragsschlusses (bei förmlichen Vergabeverfahren i.d.R. der Zuschlag, bei Direktaufträgen i.d.R. die rechtsverbindliche Annahme des Angebots).

Ausnahmen:

(1) Planungs- und Beratungsleistungen

Planungs- und Beratungsleistungen dürfen schon vor Bekanntgabe des ZWB beauftragt werden, es sei denn die Planungsleistungen sind – wie die MBS und Trafopläne in Modul 1 – alleiniger Zweck der Zuwendung. Als nicht förderschädliche Planungs- und Beratungsleistungen gelten insbesondere:

- Verträge zur Fördermittelberatung und/oder zur Erstellung eines BEW-Förderantrags (Tätigkeit als Bevollmächtigter i.S.v. § 14 VwVfG, Erstellung einer Projektbeschreibung, Aufbereitung von Daten und Unterlagen, usw.)
- Verträge zur Einreichung von Bauvoranfragen oder Bauanträgen
- Verträge zu Planung, Bodenuntersuchung und Grunderwerb
- Abschluss eines Contractingvertrags, sofern die Voraussetzungen nach Anhang 2 der Richtlinie BEW vorliegen

Achtung: Die aufgrund derartiger Verträge entstandenen Ausgaben sind nur förderfähig, soweit die Ausgaben und die korrespondierenden Leistungen innerhalb des BWZ erbracht wurden.

(2) Bedingte Lieferungs- oder Leistungsverträge, Rücktrittsrecht

Kein förderschädlicher vorzeitiger Maßnahmenbeginn liegt auch vor, wenn der vor Bekanntgabe des ZWB geschlossene Lieferungs- oder Leistungsvertrag in Bezug auf die Bewilligung der Förderung eine aufschiebende oder auflösende Bedingung (§ 158 BGB) oder ein eindeutiges Rücktrittsrecht enthält. Akzeptiert werden zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses mindestens in Textform vereinbarte Klauseln, die vorsehen, dass

- der Vertrag hinsichtlich der Leistungspflichten erst in Kraft tritt, wenn die beantragte Förderung bewilligt wird (aufschiebende Bedingung), oder
- der Vertrag hinsichtlich der Leistungspflichten unwirksam wird, falls der Antrag auf Förderung abgelehnt wird (auflösende Bedingung), oder
- dem Auftraggeber ein eindeutiges Rücktrittsrecht zusteht, falls der Antrag auf Förderung abgelehnt wird (Rücktrittsrecht).

Die auf Grundlage derartiger Verträge entstandenen Ausgaben sind – wie bei Verträgen, die nach Bekanntgabe des ZWB geschlossen werden – allerdings nur förderfähig, soweit sie innerhalb des BWZ geleistet wurden und auch die korrespondierenden Leistungen innerhalb des BWZ (also i.d.R. ab dem Datum des Zuwendungsbescheids) erbracht wurden.

(3) Rahmenverträge

Soweit Leistungen aus einem bestehenden Rahmenvertrag, der sich nicht ausschließlich auf das geförderte Projekt bezieht, abgerufen werden, darf der Rahmenvertrag vor Bekanntgabe des ZWB geschlossen worden sein. Der Einzelabruf der Leistung, für die eine Förderung beantragt wird, muss aber nachweislich nach Bekanntgabe des ZWB erfolgt sein.

(4) Sonstiges

Ausgaben für entnommenes Lagermaterial, das vor Bekanntgabe des ZWB bestellt wurde, sind nicht förderfähig. Der Beleg der Materialentnahme aus dem Lager reicht nicht aus.

Förderunschädlich ist ferner der Abschluss von Wärmelieferverträgen mit Endkunden/Anschlussnehmern.

Ausnahme: Genehmigung eines vorzeitigen Maßnahmenbeginns

Das BAFA kann für Modul 2 in begründeten Einzelfällen ausnahmsweise einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn (VZM) genehmigen. Dazu ist ein formloser Antrag mit einer detaillierten Begründung über die Upload-Seite zum Vorgang hochzuladen:

www.bafa.de/bew -> Informationen zum Thema -> Formulare -> Upload-Seite

Voraussetzung für die Genehmigung sind besondere Gründe, die nicht im Prinzip bei jedem Projekt zutreffen können (z. B. nicht Kostensteigerungen). Sobald der Antrag kursorisch geprüft und der VZM genehmigt wurde, erhält der Antragsteller ein Genehmigungsschreiben. Ab dem im Schreiben genannten Zeitpunkt kann dann auf eigenes Risiko begonnen werden. Mit diesem Datum beginnt der BWZ und somit das erste Förderjahr.

4.1.3 Vergabedokumentation

Die Einhaltung der Auflagen zur Auftragsvergabe (siehe Abschnitt 4.1.2) wird im Rahmen der Prüfung der ZN bzw. VN kontrolliert. Grundlage der Auflagenkontrolle ist eine sachgerechte Vergabedokumentation. Sofern die für den Zuwendungsempfänger geltenden vergaberechtlichen Vorschriften nicht ohnehin eine entsprechende Dokumentation vorschreiben (z. B. § 6 UVgO, Vergabebericht), ist die vom BAFA zur Verfügung gestellte Vorlage für die Vergabedokumentation zu nutzen. Diese ist hier zu finden:

www.bafa.de/bew -> Informationen zum Thema -> Formulare -> Dokument zur Vergabedokumentation

Eine Vergabedokumentation ist nicht mit jedem Zwischen- bzw. Verwendungsnachweis einzureichen, sondern nur, wenn das BAFA dazu ausdrücklich aufgefordert hat!

Wird die Vergabedokumentation (eigene Dokumentation oder BAFA-Vorlage) angefordert, ist diese ohne die eingeholten Angebote einzureichen. Sofern auch die eingeholten Angebote für die weitere Prüfung benötigt werden, wird das BAFA diese anfordern.

Sofern für die jeweilige Auftragsvergabe weniger als drei Angebote eingeholt wurden, ist dies zu begründen. Konnten keine drei Angebote eingeholt werden, weil angefragte Unternehmen keine Angebote abgegeben haben, sind diese Absagen nachzuweisen. Es muss dargelegt werden, dass es sich bei der Auswahl um das wirtschaftlichste Angebot handelt. Wurde nicht das günstigste Angebot gewählt, ist die Auswahl zu begründen. Fehlt die Begründung, ist mit zeitaufwendigen Nachfragen oder mit einer erheblichen Kürzung der betroffenen Rechnungen zu rechnen.

Bis zu einem Auftragswert von 15.000 Euro netto kann auf die Einholung von Vergleichsangeboten verzichtet werden (Wertung von § 14 UVgO; VV vom 11.12.2024, BAnz AT 24.12.2024 B1).

Aufträge an Unternehmen in einem Konzernverbund (Mutter-/Tochter-/Schwesterunternehmen) sind von der Einhaltung der Vergaberegeln nicht ausgenommen. (siehe auch 7.4 Nachweise zum Finanzierungsplan).

4.1.4 Nachweise zur Plausibilisierung der Ausgabenpositionen im Finanzierungsplan

Im Antrag sind im Rahmen des Finanzierungsplans die internen Personalausgaben und externen Ausgaben detailliert anzugeben. Für jede Ausgabenposition im Finanzierungsplan ist ein Angebot oder eine detaillierte Schätzung (Modul 1) bzw. Berechnung der Ausgaben bis in die dritte Ebene mit Menge und Bezugseinheit (Modul 2 und 3) einzureichen. Die Beträge im Finanzierungsplan müssen exakt mit den Beträgen in den Dokumenten übereinstimmen. Abweichungen oder zu grobe Angaben haben Rückfragen, längere Bearbeitungszeiten und eine eventuelle Ablehnung des Antrags zur Folge. Auch dürfen dort keine Ausgaben aufgeführt werden, die ersichtlich nicht förderfähig sind, da auch dies regelmäßig zu vermeidbaren Rückfragen führt (siehe Kapitel 5). Für interne Personalausgaben ist das Formular „Auflistung der Personalausgaben“ auszufüllen:

www.bafa.de/bew -> Informationen zum Thema -> Formulare -> Antragsformular

Die Tätigkeiten der internen Mitarbeiter für das Projekt sind im Formular zumindest mit Stichpunkten aufzuführen (z. B. Durchführung von Berechnungen, Ausschreibung und Auswertung von Angeboten, etc.). Angebote und Ausgabenschätzungen müssen detailliert genug sein, um die unterschiedlichen Tätigkeiten in den verschiedenen LPh erkennen zu können. Die Ausgabenpositionen sollten nach Auftragnehmer und Gewerken aufgeteilt werden. Die Dokumente sind im Rahmen des elektronischen Antragsprozesses hochzuladen. Jeder Ausgabenposition im Finanzierungsplan ist ein Dokument zuzuordnen.

4.1.5 Berechnung Primärenergie- und CO₂-Einsparung

Zu den Angaben im Antrag ist eine detaillierte und nachvollziehbare Berechnung der Primärenergie- und CO₂-Einsparungen in der Projektbeschreibung für den Zustand des Wärmenetzes in den Jahren 2030, 2035, 2040 und 2045 bzw. im Endzustand einzuarbeiten. Zu den Berechnungen sind u. a. die verwendeten Primärenergie- und CO₂-Faktoren sowie die verwendete Berechnungsmethode und woher diese stammen anzugeben. Das BAFA macht hierzu keine spezifischen Vorgaben. Es sind aber offizielle Quellen und einschlägige Methoden zu verwenden, die dem Stand der Wissenschaft bzw. Technik entsprechen. Für neu zu bauende Gebäude bzw. Wohneinheiten kann für den IST-Zustand der Wärmeversorgung eine Versorgung durch einen Gasbrennwertkessel (85%) in Kombination mit einer Solarthermieanlage (15%) angenommen werden.

Dabei wird angenommen, dass der Strom 2045 treibhausgasneutral ist. Für 2030, 2035 und 2040 sind die jeweiligen Faktoren anzunehmen. Die abgegebene Wärmemenge zählt aber immer als EE auch wenn der Strom aus dem öffentlichen Netz stammt.

Im Modul 3 dürfen nur die Primärenergie- und CO₂-Einsparungen angegeben werden, die durch die Einzelmaßnahme erreicht werden.

Zertifikate zu CO₂-Einsparungen dürfen nicht eingerechnet werden.

4.1.6 Bevollmächtigung, Vollmacht

Die Vertretung durch einen Bevollmächtigten ist im Antrags- und Verwendungsnachweisverfahren gemäß § 14 VwVfG ohne weiteres möglich. Die „Vertretung“ des Unternehmens durch eigene Beschäftigte stellt keine Bevollmächtigung dar und bedarf auch keiner Vollmachtsurkunde.

Für die Vertretung in einem etwaigen Widerspruchsverfahren (§§ 68 ff. VwGO) gelten besondere Regelungen. Sofern die Vertretung im Widerspruchsverfahren nicht durch einen Rechtsanwalt oder eine Rechtsanwältin erfolgen soll, sind die Anforderungen nach § 14 Abs. 5 VwVfG i. V. m. § 3 Rechtsdienstleistungsgesetz (RDG) zwingend zu beachten. Unzulässige Bevollmächtigte weist das BAFA regelmäßig zurück.

Im Fall der Bevollmächtigung nach § 14 VwVfG muss eine unterschriebene Vollmachtsurkunde hochgeladen werden. Zur Vermeidung von Rückfragen wird empfohlen, das Formular von der Webseite des BAFA zu verwenden:

www.bafa.de/bew -> Informationen zum Thema -> Formulare -> Vollmacht

Sofern eine eigene Vollmachtsurkunde verwendet wird, muss daraus ausdrücklich die Bevollmächtigung für das konkrete Antragsverfahren hervorgehen. Ist ein Bevollmächtigter wirksam bestellt, führt das BAFA den gesamten Schriftverkehr grundsätzlich nur noch mit dem Bevollmächtigten (§ 14 Abs. 3 Satz 1 VwVfG).

4.1.7 Wirtschaftlichkeitslückenberechnung

Für die Module 2 bis 4 sind die vom BAFA für die WLB bereitgestellten Formulare zu verwenden:

www.bafa.de/bew -> Informationen zum Thema -> Formulare -> Antragsformular

Die WLB wird benötigt, um die Vorgaben zur beihilferechtlichen Genehmigung durch die EU-Kommission zu erfüllen. Die Förderung darf die Wirtschaftlichkeitslücke unter Berücksichtigung aller Kosten und Erlöse nicht überschreiten.

Dazu wird der Barwert der Investitionen mit Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben über einen Zeitraum von 35 Jahren berechnet. Die WLB ist bei Antragstellung und Aufstockung einzureichen. Sollten bei einer Stichprobe große Abweichungen zwischen den Angaben in der WLB und den tatsächlichen Werten festgestellt werden, kann es zu einer Rückforderung von Fördermitteln kommen.

Das BAFA prüft im Antrag, welche Ausgaben förderfähig sind und addiert diese zu einer Gesamtsumme. Im Modul 2 und 3 sind von der Gesamtsumme 40% förderfähig. Ist die Wirtschaftlichkeitslücke gemäß dem Ergebnis der WLB niedriger, entspricht diese niedrigere Summe der Fördersumme.

Hinweise zum Ausfüllen der WLB:

Die Felder sind entsprechend der Erklärungen auf dem ersten Tabellenblatt auszufüllen. Der kontrafaktische Fall ist bereits durch verschiedene Kennwerte in dem Formular enthalten. Der Antragsteller muss keinen eigenen kontrafaktischen Fall skizzieren. In den WLB für Modul 2 und 3 sind fünf Kalenderjahre angegeben, da der Zeitraum von vier Jahren für ein Maßnahmenpaket i.d.R. nicht mit dem ersten Tag eines Jahres beginnt, sondern sich die vier Jahre über fünf Kalenderjahre erstrecken.

Alle Angaben sind als Nettowerte einzutragen.

Die Ausgaben in der WLB müssen sich im Finanzierungsplan und technische Daten in den entsprechenden Dokumenten (Datenblätter, etc.) wiederfinden.

Für die in der WLB aufgelisteten Pauschalausgaben dürfen keine weiteren Ausgaben angegeben werden. Für die ersten fünf Kalenderjahre darf eine Inflation von maximal zwei Prozent angenommen werden, ab dem sechsten Kalenderjahr werden zwei Prozent automatisch angenommen.

Es dürfen nur Ausgaben eingetragen werden, die beantragt und durch das BAFA als förderfähig anerkannt wurden. Entsprechend muss die WLB ggf. nach Rückmeldung durch das BAFA während der Antragsbearbeitung vom Antragsteller angepasst werden.

Im Reiter Wärmeerzeuger sind nur förderfähige Wärmeerzeuger einzutragen. Bei Wärmeleistungen und Wärmemengen sind in die gelben Felder die in dem jeweiligen Jahr insgesamt vorhandenen Wärmeleistungen und Wärmemengen einzutragen. Diese Werte müssen identisch sein mit den angegebenen Werten aus dem Antrag (z. B. Projektbeschreibung). Bestehende Anlagen sind nicht einzutragen. Die Wärmeleistungen und Wärmemengen dienen den weiteren Berechnungen in den Folgejahren. Deshalb sind im letzten Jahr dazu immer Einträge erforderlich.

Im Reiter Wärmenetz ist alles einzutragen, was nicht eindeutig und direkt den Wärmeerzeugern zugeordnet werden kann. Im Zweifel ist es dem Wärmenetz zuzuordnen. Die Leitungen zwischen Quelle und Wärmeerzeuger sind aber im Reiter Wärmeerzeuger einzutragen.

Bei zusätzlichen Wärmebedarfen ist der Wärmebedarf der hinzukommenden Endkunden für das jeweilige Jahr einzutragen. Der Wärmebedarf der bestehenden Endkunden darf nicht berücksichtigt werden.

Die Summe der sonstigen (regelmäßigen Ausgaben) bleibt i.d.R. leer. Die beiden Felder sind für besondere Konstellationen vorgesehen. Z. B. können dies Kosten für den Bezug von Abwärme sein.

Als Mischpreis ist immer der Preis einzutragen, der dem Kunden (Endkunde bzw. Betreiber eines wärmebeziehenden Wärmenetzes) in Rechnung gestellt wird. Das BAFA prüft, in wie weit der Mischpreis dem durchschnittlichen Marktpreis entspricht. Gibt es unterschiedliche Preise, ist ein Mittelwert aus allen Preisen zu bilden. Bei der Kalkulation geht

man von einer Förderung durch das BAFA aus. Plant man zu einem Modul 2 auch einen Antrag Modul 4 zu stellen, geht man in beiden Anträgen davon aus, dass man auch für den anderen Antrag eine Förderung erhält. Bei der Kalkulation darf ein Preisnachlass auf den Anschluss an ein Wärmenetz für den Kunden einkalkuliert werden.

Baukostenzuschüsse für Hausanschlüsse sind nicht im Finanzierungsplan aber in der WLB als Einnahmen einzutragen. Andere Zahlungen als Baukostenzuschüsse (z. B. Einmalzahlungen) müssen von den Investitionen abgezogen und in die Felder der Investitionen eingetragen werden.

Nicht eingetragen werden dürfen Kosten, die bereits mit den Kennwerten im jeweiligen Tabellenblatt pauschal berücksichtigt sind. Hierzu zählen auch interne Stundenaufwendungen, Sicherheitszuschläge, Kosten für Miete und Pacht oder eines separaten Antragstellers.

Wird ein Antrag Modul 2 durch die Grenze von 100 Mio. Euro gedeckelt, dann ist in der WLB bei Investitionen trotzdem die tatsächliche Investition in die Wärmepumpe einzutragen. Im Feld bereits erhaltene Förderung sind die 100 Mio. Euro einzutragen.

Im Modul 4 dürfen bei den Investitionskosten nur die Ausgaben von Komponenten eingetragen werden, die unmittelbar mit der Wärmepumpe zusammenhängen. Dies sind

- die Wärmepumpe selber,
- Komponenten zur Förderung des Wärmedmediums zur Wärmepumpe,
- elektrische Anlagen und
- Steuerungstechnik.

Nur für diese Komponenten ist im Feld 6 die „bereits erhaltene Förderung für die Wärmepumpe“ einzutragen. Dies sind in der Regel 40% von den hier angegebenen Ausgaben.

Sonderfälle:

Wenn der Erzeuger und der Bezieher von Wärme ein und dieselbe Gesellschaft sind, muss der Antragsteller eine plausible Annahme zu den möglichen Einnahmen treffen. Sollte der Antragsteller die von der AGFW veröffentlichten Fernwärmemischpreise (oder höhere) verwenden, ist zu diesem Punkt i. d. R. keine Rückfrage notwendig.

Gibt es mehrere Antragsteller, die getrennt die Förderung für den Wärmeerzeuger und die Wärmequelle beantragen, können mit einer ausreichenden Begründung und Zustimmung des BAFA durch die Eintragungen bei sonstigen Ausgaben Gelder aus der einen WLB in die andere WLB verschoben werden. Alle Antragsteller müssen in ihrer WLB den gleichen Mischpreis angeben und die angegebenen Werte erläutern. Zudem soll eine zusätzliche WLB erstellt und jeweils gegenübergestellt werden, die so ausgefüllt wird, als gäbe es nur einen Betreiber. Jeder Antragsteller füllt nur das betroffene Tabellenblatt der WLB aus. Beim Antragsteller für das Wärmenetz wird auf dem Tabellenblatt für die Wärmeerzeugung nur der Mischpreis eingetragen. Der Betreiber der Wärmeerzeuger muss im Reiter Wärmenetz null bei Wärmebedarf eintragen.

Eine Gesamt WLB ist auch möglich unter der Voraussetzung, dass sich die Angaben in dieser Gesamt-WLB auch so aus den beiden Anträgen ergeben; die beiden Anträge also so abgestimmt sind, als wären sie quasi ein Antrag. Dies ist eine Einzelfallentscheidung und bedarf einer ausreichenden Begründung. Auch hier darf die WLB nicht künstlich vergrößert werden.

Bei mehreren Maßnahmenpaketen ist für jedes Maßnahmenpaket eine WLB zu erstellen und eine Gesamt-WLB für das gesamte Projekt. In Abstimmung mit dem BAFA können Gelder einer nicht ausgeschöpften Lücke von einem Maßnahmenpaket in andere Maßnahmenpakete verschoben werden.

Verbraucht der Antragsteller einen Teil der Wärme selbst und verkauft den Rest, sind trotzdem die gesamte Wärmemenge und die fiktiven Einnahmen anzugeben. Es ist entweder ein fiktiver Mischpreis oder der Mischpreis, der den Kunden in Rechnung gestellt wird, anzugeben.

Entstehen Kosten für den Bezug von Wärme, sind diese Kosten bei den „Sonstigen Kosten“ im Reiter Wärmeerzeuger einzutragen.

Ein Antragsteller, der Eigentümer des Wärmeerzeugers und Pächter des Wärmenetzes ist, kann in der WLB den Fall 1 „Antragssteller ist gleichzeitig Eigentümer des Wärmenetzes“ auswählen.

Wird im Modul 3 nur ein Speicher beantragt, müssen auf der Seite „Eingabe Wärmeerzeugung“ unter „Wärmemengen der Wärmeerzeuger“ und auf der Seite „Eingabe Wärmenetz“ unter „Zusätzliche Wärmebedarfe“ keine Wärmemengen eingetragen werden.

4.1.8 Verlängerung, Ausgabenverschiebungen, Aufstockung und Reduzierung

Verlängerungen

Der BWZ kann auf Antrag in Modul 1 und 3 einmalig um 12 Monate und in Modul 2 einmalig um 24 Monate verlängert werden. Der Antrag auf Verlängerung des BWZ ist grundsätzlich vor Ablauf des BWZ in Textform zu stellen und zu begründen. Das Ablaufdatum des BWZ steht im ZWB. Es soll hierzu ein formloses Schreiben mit Begründung über die Upload-Seite hochzuladen:

www.bafa.de/bew -> Informationen zum Thema -> Formulare -> Upload-Seite

Im Fall der Verlängerung des BWZ muss in Modul 1 und 3 der Finanzierungsplan nicht angepasst werden. Im Modul 2 muss nicht bereits mit Verlängerung des BWZ, sondern erst mit dem nächsten ZN ein aktualisierter Finanzierungsplan eingereicht werden.

Ausgabenverschiebungen

Die einzelnen Ausgabenpositionen des Finanzierungsplans dürfen, bei Einsparungen in gleicher Höhe bei anderen Positionen um bis zu 20%, bezogen auf das jeweilige Förderjahr überschritten werden. Eine Überschreitung um mehr als 20% ist nur mit Zustimmung des BAFA möglich. Der im ZWB festgesetzte Förderbetrag darf aber nicht überschritten werden.

Verschiebungen von Ausgabenpositionen in andere Förderjahre sind nicht ohne Weiteres zulässig, da der Finanzierungsplan im ZWB für verbindlich erklärt wurde. Eine entsprechende Änderung des Finanzierungsplans kann beantragt werden. Hierfür ist in einem formlosen Schreiben zu erläutern, weshalb es zur Verzögerung der Investition gekommen ist. Ein Anspruch auf Änderung des Finanzierungsplans besteht nicht. Eine Verschiebung ist u. a. nur möglich, wenn entsprechende Haushaltsmittel verfügbar sind. Zusätzlich gilt, dass die Förderung insgesamt auf den im ZWB festgesetzten Förderbetrag gedeckelt bleibt.

Erhöhung des Förderbetrags (Aufstockung)

Grundsätzlich ist die bewilligte Projektförderung auf den einmal im ZWB festgesetzten Gesamt-Förderbetrag begrenzt. Nur in dieser Höhe werden für das Projekt Haushaltsmittel reserviert.

Innerhalb der Widerspruchsfrist (1 Monat nach Bekanntgabe des ZWB) kann eine Erhöhung des Förderbetrags (Aufstockung) beantragt werden. Dies soll vorzugsweise durch das fristgerechte Hochladen eines formlosen Schreibens über die Upload-Seite erfolgen:

www.bafa.de/bew -> Informationen zum Thema -> Formulare -> Upload-Seite

Die Aufstockung ist zu begründen und kann u. a. nur erfolgen, soweit entsprechende Haushaltsmittel verfügbar sind. Im Fall der Bewilligung der Aufstockung wird ein neuer ZWB erteilt, der den bisherigen ersetzt.

Ausnahmsweise ist in den Modulen 1, 2 und 3 auch nach Bestandskraft des ZWB eine Erhöhung der Fördersumme (Aufstockung) unter hohen Voraussetzungen möglich. Auf die Aufstockung besteht kein Anspruch, vielmehr liegt die Entscheidung grundsätzlich im Ermessen des BAFA. Seine diesbezügliche Entscheidungspraxis orientiert das BAFA an den Kriterien des § 51 VwVfG. Der Antrag ist innerhalb des BWZ durch Hochladen eines formlosen Schreibens über die Upload-Seite zu stellen:

www.bafa.de/bew -> Informationen zum Thema -> Formulare -> Upload-Seite

Der Antrag ist zu begründen und muss aktualisierte Dokumente (Projektbeschreibung, Planungsunterlagen, Finanzierungsplan, WLB) enthalten. Im genehmigten Finanzierungsplan sind die neuen Ausgabenpositionen als zusätzliche Zeilen anzufügen bzw. bei den ursprünglichen Ausgabenpositionen die zusätzlichen Ausgaben mit den ursprünglichen Ausgaben und der Differenz anzugeben. Bis zum Zeitpunkt des Hochladens des Antrags dürfen die neuen Leistungen noch nicht beauftragt worden sein. Eine nachträgliche Aufstockung ist nicht möglich. Auf eigenes Risiko kann der Antragsteller nach Einreichen des Antrags die Leistungen beauftragen und durchführen. Eine Aufstockung kann u.a. nur erfolgen, soweit entsprechende Haushaltsmittel verfügbar sind. Im Fall der Bewilligung der Aufstockung wird ein neuer ZWB erteilt, der den bisherigen ersetzt.

Für Aufstockungen nach Bestandskraft des ZWB gilt Folgendes:

- Es müssen Ausgabenpositionen hinzukommen, die im Antrag nicht enthalten waren oder – falls vorhandene Positionen erhöht werden sollen – müssen sich diese wesentlich ändern. Dies kann z. B. weitere LPh, weitere anzuschließende Haushalte oder weitere bzw. geänderte Wärmeerzeuger betreffen.
- Kostensteigerungen sind kein hinreichender Grund für eine Aufstockung.
- Für Ausgabenpositionen, deren Entstehung im Zeitpunkt der Antragstellung schon bekannt war oder ohne großes Verschulden hätte erkannt werden können (z. B. Projektkoordination, Beratung; 1. Aufstockung Erweiterung Wärmenetze - 2. Aufstockung zusätzlicher Wärmeerzeuger) ist keine Aufstockung möglich.

In Modul 4 kann ein Aufstockungsantrag nur für die in Ziff. 4.5.2 beschriebene Konstellation gestellt werden, da aufgrund haushaltsrechtlicher Einschränkungen die Haushaltsmittel nicht für alle Förderjahre gebunden werden können. Darüber hinaus sind Aufstockungen grundsätzlich nicht möglich. Im Übrigen gelten die oben dargestellten Anforderungen entsprechend.

Wird ein Antrag Modul 2 um Maßnahmen aufgestockt, kann für diese Maßnahmen kein neuer Antrag Modul 1 für die LPh 2 bis 4 beantragt werden.

Reduzierung

Soll der geplante Leistungsumfang reduziert werden, so ist dies mit einem formlosen Schreiben mitzuteilen, dass mit entsprechend angepassten Dokumenten über die Upload-Seite zum Vorgang hochzuladen ist. Eine Reduzierung ist nur innerhalb des BWZ bzw. vor Abgabe des VN möglich. Nur dann können die reduzierten Leistungen in einem neuen Antrag ggf. wieder beantragt werden.

4.1.9 Mehrere Netzbetreiber bzw. Antragsteller

Im Modul 1 kann für ein Wärmenetz nur eine MBS bzw. ein Trafoplan beantragt werden, da das gesamte Wärmenetz betrachtet werden soll. Grundsätzlich ist das gesamte Versorgungsgebiet einer Kommune bzw. des Wärmenetzbetreibers zu betrachten, um eine vollständige Dekarbonisierung zu planen. Ausnahmen sind in Absprache mit dem BAFA zulässig. Kriterien hierbei können sein:

- Netze sind hydraulisch getrennt
- Netze haben unterschiedliche Eigentümer
- Das gesamte Netz ist zu groß, um diese in einer MBS bzw. in einem Trafoplan in einem Zeitraum von einem Jahr plus ein Jahr Verlängerung zu betrachten.
- Es bestehen weit entfernte Netze (z. B. Ortsteile)
- Teilnetze sind bereits dekarbonisiert

Einen Antrag soll derjenige stellen, der den besten Überblick und das größte wirtschaftliche Interesse am gesamten Wärmenetz hat. Soll das Wärmenetz von mehreren gebaut und betrieben werden, ist es im Einzelfall möglich mehrere parallele Modul 1 Anträge für die LPh 2 bis 4 zu stellen. Die Voraussetzungen dafür sind:

- Die parallele Antragstellung ist vorher mit dem BAFA abzustimmen.
- Die Antragsteller müssen stichhaltig begründen, warum eine gemeinsame Antragstellung (z. B. durch eine Projektgesellschaft o.ä.) nicht möglich ist.
- Die MBS bzw. der Trafoplan ist größtenteils abgeschlossen.

Bei parallelen Anträgen ist zu beachten, dass Anträge für Modul 2 dann inhaltlich analog zu den Anträgen aus Modul 1 für die Planungsleistungen durch die jeweiligen Antragsteller gestellt und umgesetzt werden müssen. Ein Wechsel des Antragstellers und der umzusetzenden Maßnahmen von Modul 1 auf Modul 2 ist nicht möglich. Beispiel:

- Antragsteller 1 hat in Modul 1 mit den LPh 2 bis 4 die Wärmeerzeuger geplant. Somit kann nur Antragsteller 1 einen Antrag Modul 2 zur Errichtung der Wärmeerzeuger stellen.
- Antragsteller 2 hat in Modul 1 mit den LPh 2 bis 4 das Wärmenetz geplant. Somit kann nur Antragsteller 2 einen Antrag Modul 2 zur Errichtung des Netzes stellen.

Da die Umsetzung der Maßnahmen nur erreicht werden kann, wenn die Organisationen zusammenarbeiten, ist dem Antrag eine gemeinsame Erklärung beizufügen, dass das Wärmenetz wie beantragt (um)gebaut und mindestens 10 Jahre gemeinsam betrieben wird.

4.1.10 Überprüfung der Einhaltung der Zweckbindung der geförderten Investitionsgegenstände

Das neu errichtete Wärmenetz muss zehn Jahre, ab dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme, entsprechend den Anforderungen der Richtlinie BEW und diesem Merkblatt betrieben werden und sich im Eigentum des Antragstellers befinden. Dabei dürfen sich Änderungen zum Antrag ergeben. Sollte z. B. eine geförderte Abwärmequelle wegfallen, kann diese durch andere treibhausgasneutrale Wärmequellen ersetzt werden. Der Betrieb kann von einem anderen Unternehmen im Auftrag des Antragstellers erfolgen. Der Antragsteller muss sicherstellen und jährlich bestätigen, dass das Wärmenetz gemäß den Anforderungen der BEW-Richtlinie betrieben wird und den Auskunft- und Nachweispflichten nachkommen. Hierzu ist ein formloses Schreiben mit einer entsprechenden Erklärung zum Vorgang hochzuladen.

4.1.11 Ausgaben bei verbundenen Unternehmen

Grundsätzlich können nur Rechnungen und Verträge anerkannt werden, die auf den Zuwendungsempfänger (gemäß ZWB) ausgestellt sind. Im Konzernverbund können auch an verbundene Unternehmen adressierte Rechnungen anerkannt werden. Diese müssen per Durchgangsrechnung ohne Aufschläge an den Antragsteller weitergegeben werden. In den Durchgangsrechnungen können mehrere Rechnungen zusammengefasst werden solange die Rechnungsbeträge jeweils einzeln aufgeführt werden. Auf Anforderung müssen neben der Durchgangsrechnung die entsprechenden Einzelbelege vorgelegt werden. Die Vorgaben zur Vergabe müssen auch durch die weiterreichenden Konzernunternehmen erfüllt und auf Anforderung belegt werden.

Wenn im Projekt Personal verbundener Unternehmen zum Einsatz kommt, kann dieses wie internes Personal abgerechnet werden. Es kann nur derselbe maximale Stundensatz wie bei internem Personal anerkannt werden.

Es ist zu belegen bzw. durch den Wirtschaftsprüfer oder Steuerberater zu bestätigen, dass die Zahlungen tatsächlich geflossen sind (Förderung auf Ausgabenbasis).

Wenn Ausgaben verbundener Unternehmen nicht als interne Kosten abgerechnet werden sollen, kann ein verbundenes Unternehmen gleichwohl beauftragt werden. Hierbei gelten die Regelungen unter 4.1.2. Es sind immer Vergleichsangebote einzuholen. Eine Direktvergabe an verbundene Unternehmen ist nicht möglich.

4.1.12 Umfirmierung, Umstrukturierung, Übertragung des Zuwendungsbescheids

Umfirmierung

Reine Umfirmierungen sind möglich. In diesem Fall ist dem BAFA unverzüglich der neue Name des Zuwendungsempfängers mitzuteilen. Es wird dann ein neuer ZWB erteilt.

Umstrukturierung

Grundsätzlich muss das Wärmenetz zehn Jahre ab dem Datum der Inbetriebnahme im Eigentum des Zuwendungsempfängers verbleiben. Der Verkauf bzw. die Übertragung des Wärmenetzes oder einzelner Komponenten auf einen Dritten ist in dieser Zeit nicht ohne Weiteres zulässig.

Im Fall der Umstrukturierung des Zuwendungsempfängers (Umwandlung nach UmwG, ggf. *asset deal*), kann ein Eigentumswechsel ausnahmsweise zulässig sein, sofern die Erreichung des Zuwendungszwecks durch den Eigentumswechsel nicht gefährdet ist. In diesem Fall ist das BAFA vor der geplanten Umstrukturierung zu informieren und das weitere Verfahren abzustimmen. Andernfalls drohen die Aufhebung des ZWB bzw. der Verlust der Förderung. Sofern die Umstrukturierung zuwendungsrechtlich zulässig ist, wird der ZWB auf den neuen Rechtsträger umgeschrieben. Die Entscheidung hierüber liegt im Ermessen des BAFA.

Vermietung, Verpachtung

Eine Vermietung oder Verpachtung des Wärmenetzes ist grundsätzlich zulässig. Der Zuwendungsempfänger ist und bleibt aber gegenüber dem BAFA nachweispflichtig und muss sicherstellen, dass der Mieter/Pächter ihm so Zuarbeit leistet, dass der Zuwendungsempfänger allen zuwendungsrechtlichen Verpflichtungen nachkommen kann. Insbesondere müssen Vor-Ort-Kontrollen durch das BAFA möglich sein. Mieter/Pächter selbst sind nicht antragsberechtigt.

4.2 Modul 1 Machbarkeitsstudien und Transformationspläne

4.2.1 Allgemeines

In Modul 1 wird die Erstellung einer MBS bzw. eines Trafoplane sowie Planungsleistungen angelehnt an die LPh 2 bis 4 der HOAI gefördert. Die MBS bzw. der Trafoplan ist ein Dokument, welches die grundsätzliche wirtschaftliche und technische Umsetzbarkeit eines neuen oder umzubauenden Wärmenetzes und dessen Weg zur THG-Neutralität bis 2045 darlegt. Darin sollen Vorbetrachtungen und Grundlagenermittlung angelehnt an die LPh 1 der HOAI enthalten sein. Besteht bereits ein Plan, der die Anforderungen der Richtlinie BEW und dieses Merkblatts erfüllt, kann nur noch ein Antrag Modul 1 für die LPh 2 bis 4 gestellt werden. Die Planungsergebnisse für die LPh 2 bis 4 sind neben MBS bzw. Trafoplan in einem Abschlussbericht zusammenzufassen und einzureichen. Für jedes Wärmenetz kann nur einmalig eine MBS bzw. ein Trafoplan gefördert werden. Dabei ist immer das gesamte Wärmenetz inklusive ggf. geplanter Erweiterungen zu betrachten.

Untersuchungen, auch als Alternativszenarien, welche die Kriterien der BEW nicht erfüllen, sind nicht förderfähig. Werden auch solche Untersuchungen durchgeführt, ist dies auf den Rechnungen explizit auszuweisen. Können die Ausgaben nicht klar abgegrenzt werden, sind die gesamten Ausgaben nicht förderfähig.

Wurde ein Antrag für ein Wärmenetz nicht bis einschließlich LPh 4 gestellt, kann ein weiterer Antrag Modul 1 für die noch nicht durchgeführten LPh 2 bis 4 gestellt werden, sobald der VN für den vorherigen Antrag beim BAFA vorgelegt wurde. Dabei ist zu beachten:

- Die jeweiligen Lieferungs- und Leistungsverträge dürfen sich nur auf die im jeweiligen Antrag beantragten LPh beziehen und erst nach Bekanntgabe des ZWB beauftragt werden (siehe 4.1.2).
- Im zweiten Antrag ist die MBS bzw. der Trafoplan als Voruntersuchung mit einzureichen.

Wurden mehrere Maßnahmenpakete definiert, kann für jedes Maßnahmenpaket ein Antrag Modul 1 für die LPh 2 bis 4 gestellt werden. Aufgrund von Änderungen (z. B. Erweiterungen) können keine weiteren Anträge im Modul 1 gestellt werden. Ist absehbar, dass mehrere Maßnahmenpakete definiert werden, so soll mit einem Antrag Modul 1 für die LPh1 das gesamte Wärmenetz betrachtet werden.

4.2.2 Mindestinhalte Machbarkeitsstudie und Transformationsplan

Eine MBS bzw. ein Trafoplan muss (soweit zutreffend) Folgendes enthalten:

IST-Analyse des Untersuchungsgebiets

Das Untersuchungsgebiet ist mit einer Karte darzustellen und folgende Parameter sind tabellarisch darzustellen:

- Anzahl der Gebäude und Wohneinheiten
- Art der zu versorgenden Gebäude (Wohngebäude, Gewerbe/Handel/Dienstleistung (GHD), Industrie)
- Art des Anschlusses: neu oder bestehend (nur bei Trafoplan)
- Anzahl und technische Daten der Übergabestationen
- Wärmebedarf und Temperaturniveau der Gebäude/Endkunden
- Aktuelle Wärmeversorgung der Endkunden

Bei einem Trafoplan oder wenn die Erweiterung eines Wärmenetzes als Neubau gilt, sind als Angaben aufzuführen:

Für das Wärmenetz:

- Auszutauschenden und neuen Wärmeverteiler- und Hausanschlussleitungen mit Art, Längen und Durchmessern
- Druckniveaus (Auslastungen, Engpässe und Reserven) und Volumenströme
- Anzahl und Größe von Wärmespeichern
- Auflistung der Übergabestationen
- Temperaturniveau (Vorlauf und Rücklauf)
- Netzart (z. B. kaltes Nahwärmenetz)
- Art der Rohrleitung (Einleiter, Zweileiter, ...)
- Leitungslängen der Verteiler- und Hausanschlussleitungen
- Dämmung mit Art und Stärke

Für die jeweiligen Wärmeerzeuger sind folgende Parameter tabellarisch aufzulisten:

- Anlagentyp (Wärmepumpe, KWK, Biomassekessel, etc.)
- Anzahl
- Energieträger/Wärmequelle
- Leistung
- Wärmeeinspeisemenge mit Anteil an der gesamten Wärmeeinspeisemenge

Potentialermittlung erneuerbarer Energien und Abwärme

Dies umfasst die Untersuchung, Beschreibung und tabellarische Auflistung aller möglichen Wärmeerzeuger und deren Wärmequellen. Potentielle Standorte, Verfügbarkeit, Ergiebigkeit, Flächenverfügbarkeit, Genehmigungsfähigkeit, usw. sind anzugeben. Beispiel für eine tabellarische Auflistung:

Wärmeerzeuger	Wärmequelle	Theoretisch nutzbare Wärmemenge (Anteil an der Gesamtmenge)	Anzahl, Art und Leistung der Anlagen	Potentielle Standorte der Anlagen
Solarthermie	Sonnenenergie	0,2 GWh/a (20%)	3 Anlagen mit je 20.000 m ² Fläche	Deponie NAME, Freifläche XYZ, Freifläche ABC
Abwärme	Rechenzentrum	0,8 GWh/a (80%)	2 Wärmepumpen mit je 2 MW	Rechenzentrum ABC

Für Solarthermie ist zu prüfen, auf welchen Flächen (z. B. Freiflächen, Dächern, Deponien) diese installiert werden kann. Gespräche mit Eigentümern sind zu führen, um die prinzipielle Bereitschaft zur Nutzung der Fläche zu klären.

Für Geothermie ist das Fündigkeitsrisiko durch geologische und seismische Untersuchungen zu minimieren und ein geeigneter Bohrplatz für die Anlage zu erarbeiten.

Für Umweltwärmequellen ist die wirtschaftliche Nutzbarkeit der Wärmequelle zu prüfen. Hierbei sind vor allem die geologischen und hydrologischen Bedingungen z. B. durch eine Probebohrung zu klären.

Soll Abwärme genutzt werden, sind die Produktionsprozesse detailliert zu beschreiben, in denen die Abwärme entsteht. Die relevanten technischen Parameter (Wärmemenge, Temperatur, Verfügbarkeit, Abhängigkeit von der Produktion) sind darzulegen. Es ist detailliert zu beschreiben und zu begründen, warum durch die Nutzung der Abwärme keine Steigerung der Effizienz unterbleibt. Gespräche mit dem liefernden Unternehmen sind zu führen und zu dokumentieren.

Für feste Biomasse ist deren Verfügbarkeit zu prüfen und insbesondere auf Art, Herkunft und logistischen Aufwand (Transport und Lagerung) einzugehen. Die zulässigen Leitungslängen sind zu beachten.

SOLL-Analyse des Wärmenetzes (inklusive Primärenergie- und CO₂-Einsparung)

In der SOLL-Analyse ist ein Konzept für ein vollständig treibhausgasneutrales Wärmenetz inklusive zukünftiger Wärmebedarfe zu beschreiben. Eine MBS muss aufzeigen, wie das Wärmenetz bis 2045 durch mindestens 75% an EE und Abwärme gespeist wird. Für einen Trafoplan gilt die Vorgabe von 75% nicht. Das Konzept muss dieselben Parameter wie die IST-Analyse enthalten und die notwendigen Maßnahmenpakete mit jeweils einem Zeitraum von vier Jahren für den (Um)bau beschreiben. Dabei sind alle notwendigen Maßnahmen bis zu den Endkunden (inkl. Übergabestation und Hausanschlussleitungen) zu berücksichtigen.

Die Primärenergie- und CO₂-Einsparungen sind durch den Vergleich des IST- und SOLL-Zustands des Wärmenetzes anzugeben. Dabei sind die Anforderungen nach 4.1.5 zu beachten.

Kostenrahmen

Im Kostenrahmen sind grob die Investitionssummen der einzelnen Komponenten des Wärmenetzes darzustellen, betriebs- und verbrauchsbedingte Kosten zu schätzen, eine Analyse der Wirtschaftlichkeit durchzuführen und darzustellen wie die Investitionen finanziert werden sollen. Hierbei sind Risikoanalysen durchzuführen und maximale Kosten für eine Finanzierbarkeit festzulegen. Zur Berücksichtigung zukünftiger Zahlungsströme wird eine Diskontierung empfohlen. Vorgaben zum Diskontierungssatz oder den Methoden für Analysen und Berechnungen gibt es aber nicht.

Zeit- und Ressourcenplan

Es ist anzugeben, in welchem Zeithorizont das Wärmenetz (um)gebaut werden soll. Dabei ist der geplante Bauablauf (Planungen, Ausschreibungen, Vergabe, Bau der verschiedenen Gewerke) zu erläutern. Alle relevanten Zeiträume und Meilensteine der Bauphase sind grafisch und tabellarisch darzustellen und darauf einzugehen, wann welche personellen und finanziellen Ressourcen für die jeweiligen Maßnahmen benötigt werden. Bei einer Bauzeit von mehr als vier Jahren sind Maßnahmenpakete von jeweils vier Jahren zu bilden und die darin geplanten Maßnahmen aufzulisten.

Pfad zur Treibhausgasneutralität mit den Wegmarken 2030, 2035, 2040, 2045

Für die Jahre 2030, 2035, 2040 und 2045 ist zu schätzen, wie viel Prozent das Wärmenetz an EE und Abwärme enthält und wie viel Prozent an Wärme treibhausgasneutral ist. 2045 muss das Wärmenetz treibhausgasneutral sein.

Maßnahmen zur Bürgereinbindung und Stärkung der Akzeptanz sowie Akquise

Bereits durchgeführte oder geplante Maßnahmen zur Bürgereinbindung sind tabellarisch aufzulisten und pro Maßnahme sind Inhalte und Ziele in Stichpunkten zu definieren. Nach Umsetzung der Maßnahmen sind die Ergebnisse (u. a. wesentliche Faktoren und Erkenntnisse) in wenigen Sätzen zu dokumentieren.

4.2.3 Mindestinhalte Planungsleistungen angelehnt an Leistungsphasen 2 bis 4

In Modul 1 sind Planungsleistungen angelehnt an die LPh 2 bis 4 HOAI nur für förderfähige Komponenten förderfähig. Bei der Beantragung muss ein Detailgrad erreicht werden, mit dem feststeht, wie das Wärmenetz (um)gebaut werden soll. Die Ergebnisse der Planungsleistungen sind in einem Abschlussbericht zu dokumentieren. Dieser ist eine Zusammenfassung und Erläuterung des Konzepts zum (Um)bau in einem Zeitraum von vier Jahren sowie der einzureichenden Planungsunterlagen. Wurde die LPh 4 beantragt, muss bei mehreren Varianten angegeben werden, welche Variante bevorzugt wird. Zu allen nachfolgend geforderten Mindestinhalten sind detaillierte und nachvollziehbare Berechnungen vorzulegen.

Wärmeerzeugung

Alle Wärmeerzeuger sind in einer Tabelle aufzulisten und zu jedem sind anzugeben:

- Typ (Wärmepumpe, KWK, Biomassekessel, etc.)
- Anzahl
- Energieträger/Wärmequelle
- Leistung
- Wärmeeinspeisemenge
- Anteil an der gesamten Wärmeeinspeisemenge
- Maximale Temperatur
- Typische relevante Kennzahlen (z. B. COP)

Bei Wärmepumpen sind die Untersuchungen zu den Wärmequellen zu dokumentieren (z. B. bei Probebohrungen) und die Einbindung der Wärmequelle an die Wärmepumpen darzustellen.

Bei der Nutzung von Abwärme sind beizufügen:

- Beschreibung der Prozesse, in denen die Abwärme entsteht.
- Beschreibung mit schematischer Darstellung wie die Abwärme aus dem Prozess ausgekoppelt und in das Wärmenetz eingebunden wird.
- Beschreibung wie die Abwärmemenge ersetzt werden kann, falls die Abwärmequelle aus- oder wegfällt.

Wärmenetz

Die Leitungen des Wärmenetzes sind mit folgenden Angaben in einer Tabelle aufzulisten:

- Art der Rohrleitung (Einleiter, Zweileiter, ...)
- Zweck (Verteil- und Hausanschlussleitung)
- Länge
- Durchmesser
- Wärmeleitfähigkeit der Dämmung

Pumpen, Armaturen, Druckhaltungssysteme und Leckageüberwachung sind ebenfalls als Tabelle aufzulisten.

Es ist eine Netz- und Druckverlustberechnung (Druckverlauf im Wärmenetz) anzufertigen und der Temperaturverlauf im Wärmenetz darzulegen. Erfolgt dies durch Simulationen sind deren Eingangsparameter und Ergebnisse zu erläutern.

Wärmespeicher

Zentrale und dezentrale Wärmespeicher sind aufzulisten:

- Anzahl
- Kapazität in m³ Wasseräquivalent
- Wärmeverlust in W/m²
- Art der Nutzung (kurzfristig, mittelfristig, saisonal)

Wärmesenken/-kunden

Alle Hausübergabestationen sind tabellarisch mit den folgenden Parametern aufzulisten:

- Anzahl
- Übergabeleistung
- Wärmebedarf der Gebäude
- Temperaturbedarf

Mess-, Steuerungs- und Regelungstechnik (MSR-Technik) inkl. Digitalisierungskomponenten

Ein grobes Schema mit einer groben Beschreibung der Komponenten mit ihrer Funktionsweise der MSR-Technik ist beizufügen. Die Komponenten müssen soweit wie möglich standardisierte Schnittstellen enthalten, um Daten digital empfangen und senden zu können, um so vernetzt zu werden, dass ein optimaler Betrieb des Wärmenetzes möglich ist.

Genehmigungsfähigkeit

Alle für das Wärmenetz notwendigen Genehmigungen sind tabellarisch aufzulisten. Dabei ist darauf einzugehen welche Genehmigungen bereits vorliegen und welche Genehmigung noch einzuholen sind.

Wirtschaftlichkeitsbetrachtung

Im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung ist eine Kostenberechnung auf Grundlage der Entwurfsplanung nach DIN 276 für alle zu fördernden Komponenten vorzunehmen. Zusätzlich ist eine Betriebs- und Verbrauchskostenberechnung durchzuführen. Durch eine Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben über mindestens die ersten 30 Jahre des Betriebs ist die wirtschaftliche Umsetzbarkeit des Vorhabens darzulegen. Zusätzlich kann eine WLB mit den Excel-dateien des BAFA durchgeführt werden.

Zeit- und Ressourcenplan

Es ist anzugeben, in welchem Zeithorizont das Wärmenetz (um)gebaut werden soll. Dabei ist der geplante Bauablauf (Planungen, Ausschreibungen, Vergabe, Bau der verschiedenen Gewerke) zu erläutern. Alle relevanten Zeiträume und Meilensteine der Bauphase sind grafisch und tabellarisch darzustellen und darauf einzugehen, wann welche personellen und finanziellen Ressourcen für die jeweiligen Maßnahmen benötigt werden. Bei einer Bauzeit von mehr als vier Jahren sind Maßnahmenpakete von jeweils vier Jahren zu bilden und die darin geplanten Maßnahmen aufzulisten.

4.3 Modul 2 Systemische Förderung

4.3.1 Allgemein

Die Förderung in Modul 2 umfasst Maßnahmen von den Wärmeerzeugungsanlagen über die Wärmeverteilung bis zur Übergabe der Wärme an die versorgten Gebäude. Die Maßnahmen müssen einen Beitrag zur Dekarbonisierung und Effizienzsteigerung des Wärmenetzes leisten.

Dauert der (Um)bau eines Wärmenetzes länger als vier Jahre, sind Maßnahmenpakete von jeweils vier Jahren zu definieren. Maßnahmenpakete sind sachlich zusammenhängende Investitionsmaßnahmen, die in einem Zeitraum von jeweils vier Jahren durchgeführt werden können. Die zeitliche Überlappung von Maßnahmenpaketen innerhalb desselben Wärmenetzes ist zulässig. Bei Überlappung mehrerer Maßnahmenpakete müssen die Leistungen in den verschiedenen Maßnahmenpaketen voneinander abgrenzbar sein. Die Maßnahmenpakete müssen mit den darin enthaltenen Maßnahmen detailliert beschrieben und ein Zeit- und Ressourcenplan vorhanden sein.

Die Inbetriebnahme des Wärmenetzes muss innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf des BWZ erfolgen. Andernfalls drohen der Widerruf des ZWB und die Rückforderung der Förderung. Bei mehreren Maßnahmenpaketen gilt diese Anforderung für das letzte Maßnahmenpaket.

Zu einem Antrag sind alle geforderten Dokumente einzureichen. Verweise auf andere Anträge sind nicht zulässig. Entsprechend sind MBS und Trafoplan abzugeben. Wurden diese von einem anderen Unternehmen erstellt, kann dieses Unternehmen Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse schwärzen oder löschen. Die Kriterien der BEW an MBS und Trafoplan müssen trotz Schwärzen oder Löschen erfüllt werden.

Für einen Antrag in Modul 2 mit Trafoplan muss mindestens die LPh 3 abgeschlossen sein und eine Kostenberechnung oder indikative Angebote zur Plausibilisierung der Ausgaben vorliegen, um die Ausgaben möglichst genau zu beziffern. Die Bewilligung kann dann auch vor der Vorlage des VN für Modul 1 erfolgen. Ein Antrag kann auch ohne einen vorherigen Antrag Modul 1 gestellt werden. Es muss aber eine MBS bzw. ein Trafoplan beigelegt werden, welche die Anforderungen nach diesem Merkblatt erfüllt. Der Ersteller der MBS bzw. des Trafoplane und der Antragsteller für Modul 2 oder 3 müssen nicht identisch sein.

4.3.2 Projektbeschreibung

Die Projektbeschreibung fasst die Planungsunterlagen zusammen. Soweit Abweichungen von dem in Modul 1 erstellten Konzept vorgesehen sind, ist auf diese Abweichungen gesondert einzugehen. Sind keine Abweichungen vorgesehen, kann die MBS bzw. der Trafoplan mit dem Abschlussbericht als Projektbeschreibung verwendet werden. Die Projektbeschreibung ist folgendermaßen zu gliedern und die geforderten Mindestinhalte müssen enthalten sein.

Auflistung der Projektbeteiligten

Hier sind Kooperationspartner, größere beteiligte Bauherren, voraussichtlich beteiligte Ingenieurbüros, Beteiligte von Kommunen, etc. aufzulisten und deren Aufgabe/Rolle im Projekt zu beschreiben. Bei unterschiedlichen Eigentumsverhältnissen im Wärmenetz ist aufzuzeigen, welche Projektbeteiligten welche Komponenten des Wärmenetzes besitzen oder in Zukunft besitzen sollen.

Lage/Standort des Wärmenetzsystems

Mittels einer Karte ist das Wärmenetz in seiner räumlichen Ausdehnung und die potenziellen Wärmekunden darzustellen sowie die Anzahl der zu versorgenden Gebäude und Wohneinheiten zu nennen.

Wärmeerzeugung

Alle existierenden Wärmeerzeuger (nicht förderfähig, unabhängig vom Betreiber, von anderen gekoppelten Teilnetzen, etc.) sind mit folgenden Parametern in einer Tabelle aufzulisten:

- Anlagentyp (Wärmepumpe, KWK, Biomassekessel, etc.)
- Anzahl
- Energieträger/Wärmequelle
- Leistung
- Wärmeeinspeisemenge
- Anteil an der gesamten Wärmemenge
- Ist-Zustand, Zustand am Ende des BWZ und im Jahr 2045
- Bei nicht treibhausgasneutralen Wärmeerzeugern: Kurze Beschreibung wie diese bis 2045 ersetzt oder treibhausgasneutral werden.

Falls es kein bestehendes Wärmenetz gibt, entfällt die Auflistung der Wärmeerzeuger.

Bei der Nutzung von Abwärme sind beizufügen:

- Beschreibung der Prozesse, in denen die Abwärme entsteht und insbesondere was die Temperatur im Prozess bewirkt und warum diese nicht gesenkt werden kann.
- Eine schematische Darstellung der Auskopplung der Abwärme aus dem Prozess und die Einbindung in das Wärmenetz.
- Beschreibung, wie die Abwärme in das Wärmenetz integriert wird.
- Beschreibung der Besicherung der eingespeisten Abwärmemenge, falls die Abwärmequelle aus-/wegfällt.

Wärmespeicher

Die geplanten Wärmespeicher sind aufzulisten mit

- Anzahl
- Kapazität in m³ Wasseräquivalent
- Größe der Wärmespeicher in m³
- Wärmeverluste in W/m²

Wärmesenken/-kunden

Es ist eine Tabelle der Hausübergabestationen zu erstellen mit Angaben zu

- Anzahl
- Übergabeleistung
- Wärmebedarf der Gebäude

Wärmenetz

Es ist eine Tabelle aufzustellen mit

- allen auszutauschenden und neu zu verlegenden Wärmeverteiler- und Hausanschlussleitungen mit Angaben zu
 - Art
 - Längen
 - Durchmesser
- Armaturen
- Pumpen
- Druckhaltungssysteme
- Leckageüberwachungstechnik

Eine Netz- und eine Druckverlustberechnung (Druckverlauf) und der Temperaturverlauf im Wärmenetz sind vorzulegen. Erfolgt dies im Rahmen einer Simulation sind deren Eingangsparameter und Ergebnisse zu erläutern.

Genehmigungsfähigkeit

Alle für das Wärmenetz notwendigen Genehmigungen sind tabellarisch aufzulisten. Dabei ist darauf einzugehen welche Genehmigungen bereits vorliegen und welche Genehmigung noch einzuholen sind.

4.3.3 Planungsunterlagen

Mit dem Antrag ist zunächst nur ein Hydraulikschema des geplanten Wärmenetzes im Endzustand hochzuladen. Sollten weitere Planungsunterlagen benötigt werden, werden diese angefordert.

4.3.4 Nachweise zur Plausibilisierung der Ausgabenpositionen im Finanzierungsplan

Im Antrag ist ein Finanzierungsplan auszufüllen. Dieser enthält die geplanten Ausgaben für die vollständige Realisierung des Wärmenetzes oder des Maßnahmenpakets. Jede Ausgabenposition ist zu plausibilisieren.

Zur Plausibilisierung der internen Personalausgaben ist das Formular „Auflistung der Personalausgaben“ zu verwenden:
www.bafa.de/bew -> Informationen zum Thema -> Formulare -> Antragsformular

Die Plausibilisierung der externen Ausgaben erfolgt durch Kostenberechnungen oder – soweit vorhanden – durch Angebote. Zu jeder Ausgabenposition ist nach dem Ausfüllen des Antrags ein Dokument hochzuladen. Nachfolgend eine Zuordnung als Beispiel:

Förderfähige Ausgaben	Geplante Höhe Förderjahr 1	Geplante Höhe Förderjahr 2	Geplante Höhe Förderjahr 3	Geplante Höhe Förderjahr 4	Geplante Gesamthöhe	Nachweis zur Plausibilisierung
Wärmeerzeuger X	0	1.000.000	2.000.000	1.500.000	4.500.000	Angebot Wärmeerzeuger X+Y.pdf
Wärmeerzeuger Y	0	2.000.000	0	1.000.000	3.000.000	Angebot Wärmeerzeuger X+Y.pdf
Wärmequellener-schließung	2.000.000	1.000.000	0	0	3.000.000	Angebot WQ-Erschließung.pdf
Rohrleitungsbau	2.000.000	2.000.000	1.000.000	0	5.000.000	Angebot Rohrleitung.pdf
Tiefbau	2.500.000	1.500.000	0	0	4.000.000	Angebot Tiefbau.pdf

Hausübergabestationen	0	0	1.500.000	1.000.000	2.500.000	Angebot HÜS.pdf
MSR-Technik	0	40.000	80.000	80.000	200.000	Kostenberechnung.pdf
Heizzentrale	800.000	400.000	300.000	0	1.500.000	Kostenberechnung.pdf
Leistungsphasen 5-8	300.000	350.000	200.000	50.000	900.000	Angebot Ingenieurbüro LPh 5-8.pdf
Interne Personalausgaben	50.000	50.000	50.000	50.000	200.000	Auflistung Personalausgaben.pdf

4.3.5 Zeit- und Ressourcenplan

Es ist anzugeben, in welchem Zeithorizont das Wärmenetz (um)gebaut werden soll. Dabei ist der geplante Bauablauf (Planungen, Ausschreibungen, Vergabe, Bau der verschiedenen Gewerke) zu erläutern. Alle relevanten Zeiträume und Meilensteine der Bauphase sind grafisch und tabellarisch darzustellen und darauf einzugehen, wann welche personellen und finanziellen Ressourcen für die jeweiligen Maßnahmen benötigt werden. Bei einer Bauzeit von mehr als vier Jahren sind Maßnahmenpakete von jeweils vier Jahren zu bilden und die darin geplanten Maßnahmen aufzulisten. Dieser Plan ist aktualisiert mit dem Zwischennachweis beim BAFA einzureichen.

4.4 Modul 3 Einzelmaßnahmen (Easy-Access-Maßnahmen)

4.4.1 Antragstellung

Folgende Einzelmaßnahmen sind förderfähig:

- Wärmepumpen
- Solarthermieranlagen
- Biomassekessel
- Wärmespeicher
- Rohrleitungen für
 - den Anschluss von EE-Erzeugern
 - die Integration von Abwärme
 - die Erweiterung von Wärmenetzen
- Wärmeübergabestationen
- Planungsleistungen angelehnt an die LPh 5 bis 8 für die beantragte Einzelmaßnahme

Es sind nur die Ausgaben für die beantragte Einzelmaßnahme sowie die Ausgaben zur Einbindung ins Wärmenetz förderfähig. Diese Ausgaben müssen dem Wärmeerzeuger eindeutig zugeordnet werden können.

Einzelmaßnahmen können nur für ein bestehendes Wärmenetz beantragt werden, das die Förderkriterien nach 4.1.1 einhält oder bereits zu 100% mit EE betrieben werden. Die Richtlinie BEW unterscheidet im Punkt 7.2.4.1 zwischen zwei Fällen:

Fall a) Für ein Wärmenetz gibt es (noch) keinen Trafoplan

Diese Möglichkeit zur Förderung von Einzelmaßnahmen unabhängig von der Erstellung eines Trafoplans ist am 15. September 2025 ausgelaufen (Befristung gemäß BEW-Förderrichtlinie, Nummer 7.2.4.2, auf 36 Monate nach Inkrafttreten). Neue Anträge auf Förderung von Einzelmaßnahmen ohne Trafoplan sind daher nicht möglich.

Fall b): Für ein Wärmenetz gibt es bereits einen Trafoplan

Es gibt einen Trafoplan, in dem die Einzelmaßnahme aber nicht vorgesehen ist. Diese ist förderfähig, wenn

- mindestens das erste Maßnahmenpaket von einem Antrag Modul 2 umgesetzt wurde und
- sich kurzfristig die Möglichkeit zu einer zusätzlichen Investition in einen ursprünglich nicht geplanten EE-Wärmeerzeuger, die Integration von Abwärme oder eine andere Einzel-(Easy-Access-)Maßnahme ergibt oder
- aufgrund wesentlicher Änderungen zur ursprünglichen Transformationsplanung die Maßnahme zur Erreichung des Dekarbonisierungsziels erforderlich wird.

Es ist zu begründen, warum und wofür die Einzelmaßnahme erforderlich ist. Wenn mit der Einzelmaßnahme eine schnellere Zielerreichung beabsichtigt ist, sind die dadurch entstehenden Effekte darzustellen. Für die Beantragung muss kein gesonderter Trafoplan erstellt werden. Erforderlich sind Auskünfte über den Ist-Zustand und den geplanten Transformationspfad des Wärmenetzes. In diesem Fall kann auch eine Betriebskostenförderung beantragt werden. Für einen Antrag in Modul 3 mit Trafoplan muss mindestens die LPh 3 abgeschlossen sein. Es muss eine MBS bzw. Trafoplan beigefügt werden, welche die Anforderungen nach diesem Merkblatt erfüllt. Der Ersteller der MBS bzw. des Trafoplane und der Antragsteller für Modul 2 oder 3 müssen nicht identisch sein.

Hinweise zur Antragstellung:

- Pro Einzelmaßnahme ist ein Antrag zu stellen. Folgende Kombinationen von Einzelmaßnahmen können aber in einem Antrag zusammengefasst werden:
 - Wärmeerzeuger und Rohrleitungen für dessen Anbindung, aber pro Antrag nur ein Wärmeerzeuger
 - Wärmeerzeuger, Trasse und Hausübergabestationen
 - Wärmespeicher mit einem Wärmeerzeuger, wenn der Wärmespeicher ausschließlich durch die zu fördernde Wärmeerzeugungsanlage gespeist wird
- Es können mehrere Anträge gestellt werden.
- Die im Antrag zu machenden Angaben zur Wärmeeinsparung beziehen sich auf das gesamte Netz.

4.4.2 Projektbeschreibung

Die Projektbeschreibung ist wie in 4.3.2 dargestellt zu gliedern und die geforderten Mindestinhalte müssen enthalten sein. Bei Lage/Standort des Wärmenetzes ist die Einbindung der Einzelmaßnahmen gesondert hervorzuheben und zu beschreiben. Die Änderungen, die sich aufgrund der Einzelmaßnahmen in Bezug auf den bestehenden Trafoplan ergeben, sind detailliert zu beschreiben und insbesondere ist anzugeben, warum die Einzelmaßnahmen notwendig sind.

4.4.3 Planungsunterlagen

Mit dem Antrag ist zunächst nur ein Hydraulikschema des geplanten Wärmenetzes im Endzustand hochzuladen. Sollten weitere Planungsunterlagen benötigt werden, werden diese angefordert.

4.4.4 Nachweise zur Plausibilisierung der Ausgabenposten im Finanzierungsplan

Im Antrag ist ein Finanzierungsplan auszufüllen. Dieser enthält die Ausgaben für die Einzelmaßnahme. Jeder einzeln aufgeführte Ausgabenposten ist zu plausibilisieren.

Zur Plausibilisierung der internen Personalausgaben ist das Formular „Auflistung der Personalausgaben“ zu verwenden:
www.bafa.de/bew -> Informationen zum Thema -> Formulare -> Antragsformular

Die Plausibilisierung der externen Ausgaben erfolgt durch Kostenberechnungen oder –soweit vorhanden – durch Angebote. Zu jeder Ausgabenposition ist nach dem Ausfüllen des Antrags ein Dokument hochzuladen. Nachfolgend eine Zuordnung als Beispiel:

Förderfähige Ausgaben	Geplante Höhe Förderjahr 1	Geplante Höhe Förderjahr 2	Geplante Gesamthöhe	Nachweis zur Plausibilisierung
Wärmeerzeuger X	0	1.000.000	1.000.000	Angebot Wärmeerzeuger X.pdf
Wärmequellenerschließung	2.000.000	1.000.000	3.000.000	Angebot WQ-Erschließung.pdf
Leistungsphasen 5-8	300.000	350.000	650.000	Angebot Ingenieurbüro LPh 5-8.pdf
Interne Personalausgaben	50.000	50.000	100.000	Auflistung der Personalausgaben.pdf

4.4.5 Zeit- und Ressourcenplan

Im Zeit- und Ressourcenplan sind alle relevanten Zeiträume und Meilensteine der Bauphase grafisch und tabellarisch darzustellen. Es ist darauf einzugehen, wann welche personellen und finanziellen Ressourcen für die jeweiligen Maßnahmen benötigt werden. Der geplante Bauablauf (Planungsleistungen, Ausschreibungen und Vergabe, Bau) ist zu erläutern.

4.5 Modul 4 Betriebskostenförderung

4.5.1 Antragstellung

Die Betriebskostenförderung kann für Solarthermieranlagen bzw. PVT-Anlagen und strombetriebene Wärmepumpen beantragt werden, die im Rahmen des Modul 2 oder 3 Fall b) (mit Trafoplan) gefördert wurden. Gefördert werden die entstandenen Ausgaben für den Strombezug und die unmittelbar mit der Anlage zusammenhängenden regelmäßigen Ausgaben (z. B. Wartung). Der Antrag kann parallel zum Antrag Modul 2 oder 3 gestellt werden, aber erst, wenn die im Antrag anzugebenden Parameter mit großer Sicherheit feststehen. Bei mehreren Maßnahmenpaketen kann der Antrag nur parallel zu dem Maßnahmenpaket gestellt werden, in dem die Anlage fertig gebaut wird. Der Antragsteller Modul 4 muss derselbe sein wie beim Antrag Modul 2 bzw. 3. Der Mutterkonzern, eine Tochtergesellschaft, ein neu gegründetes Unternehmen oder ein Pächter sind nicht zulässig. Für die volle Förderung über 10 Jahre ist der Antrag vor der Inbetriebnahme zu stellen. Eine Antragstellung nach Inbetriebnahme führt zur Kürzung des Förderzeitraums um den Zeitraum zwischen Inbetriebnahme und Antragstellung. Nach der Antragstellung über das elektronische Antragsportal sind folgende Dokumente hochzuladen:

- WLB
- Anlagenbeschreibung inklusive Messkonzept für die Strom- und Wärmemengen
- Vollmacht, falls ein Bevollmächtigter eingetragen wurde

4.5.2 Bewilligungszeitraum und Mittelbindung

Die Betriebskostenförderung beginnt mit dem Datum der Inbetriebnahme und endet nach 10 Jahren. Ist das Datum nicht der 01.01. eines Jahres, sind die Ausgaben im ersten und elften Jahr nur anteilig anzugeben. Die jährliche auszahlende Förderung wird jährlich auf Basis der vom Antragsteller vorzulegenden Strom- und Wärmemengen sowie den Betriebskosten (z. B. Wartung) eines Kalenderjahres bestimmt. Ergibt sich hieraus bei Wärmepumpen eine Jahresarbeitszahl von weniger als 2,5, wird für dieses Jahr keine Förderung ausgezahlt. Zusätzlich ist der den Endkunden in Rechnung gestellte Wärmemischpreis zu übermitteln. Die Auszahlung erfolgt nach Vorlage und Prüfung des ZN, der bis spätestens 31. März des Folgejahres einzureichen ist. Der erste ZN ist für das Jahr der Inbetriebnahme einzureichen. Die Förderung ist auf die tatsächlichen Kosten gedeckelt.

Wird die Förderung durch die WLB gedeckelt, wird der Zeitraum von 10 Jahren so gekürzt, dass die Fördersumme nicht überschritten wird. Die Betriebskostenförderung endet dann also ggf. vor dem Ablauf von 10 Jahren.

Wird ein Antrag zu einem früheren Zeitpunkt als dem Jahr der Inbetriebnahme gestellt, können aufgrund haushaltsrechtlicher Einschränkungen die Haushaltsmittel nicht für alle Förderjahre gebunden werden. Sobald die Anlage in Betrieb genommen wurde, kann ein Aufstockungsantrag auf Gewährung der Förderung für die verbleibenden Jahre gestellt werden. Die Bewilligung steht unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit der Haushaltsmittel und dem Vorliegen der Förderbedingungen. Beispiel:

- Antragstellung Modul 2 und Modul 4 parallel in 2025.
- Geplante Inbetriebnahme der Anlage in 2028.
- BWZ Modul 4: Beginn im Jahr 2028 und Ende im Jahr 2038.
- Für die Jahre 2028 bis 2035 werden die förderfähigen Betriebskosten im Zuwendungsbescheid festgelegt. Für die Jahre 2036 bis 2038 können keine Mittel gebunden werden. Hierfür kann ab Inbetriebnahme in 2028 ein Aufstockungsantrag gestellt werden.

Eine Überschreitung der jährlich nachgewiesenen Ausgaben ist nicht möglich, da dies durch die im ZWB reservierten Beträge gedeckelt ist.

4.5.3 Förderung von Solarthermie- und PVT-Anlagen

Die Förderung für Solarthermie- und PVT-Anlagen beträgt 1 Cent/kWh für die in das Wärmenetz eingespeiste Wärmemenge. Ein entsprechender Wärmemengenzähler ist hierfür vorzusehen und in der Anlagenbeschreibung zum Antrag grafisch darzustellen und zu beschreiben. Solange die Wärme so weit wie möglich für das Wärmenetz verwendet wird, ist es nicht förderschädlich, wenn überschüssige Wärme anderweitig verwendet wird, solange man für den Überschuss keine andere Förderung erhält. Erhält eine PVT-Anlage eine Betriebskostenförderung, darf für den Strom keine Vergütung bezogen werden.

4.5.4 Förderung von Wärmepumpen

Es sind nur strombetriebene Wärmepumpen förderfähig, die Wärme in ein Wärmenetz einspeisen (zentrale Wärmepumpen). Eine der Tiefengeothermie oder einem Speicher nachgeschaltete Wärmepumpe kann eine Betriebskostenförderung erhalten, wenn dazwischen kein Wärmenetz ist. Wenn Wärmepumpen auch zur Kühlung eingesetzt werden, ist das nicht förderschädlich, der dazu notwendige Strom wird aber nicht gefördert. Dies muss durch ein entsprechendes Messkonzept (Zähler, Datenerfassung, etc.) sichergestellt sein.

Wärmepumpen sind bei der Betriebskostenförderung folgendermaßen zu unterscheiden:

- Wärmepumpen mit förderfähigen Wärmequellen können eine Betriebskostenförderung erhalten.
- Bei Wärmepumpen mit förderfähigen und nicht förderfähigen Wärmequellen müssen die förderfähigen Wärmequellen im Jahresmittel mindestens 90% der Wärmemenge bereitstellen. Eine separate Messung ist erforderlich, da nur für diese Mengen eine Betriebskostenförderung gewährt wird.
- Wärmepumpen zur Betriebsoptimierung (z. B. dezentrale Wärmepumpen in kalten Wärmenetzen, im Rücklauf zur Auskühlung ohne eine weitere förderfähige Wärmequelle, Anhebung der Temperatur von Kesseln) erhalten keine Betriebskostenförderung.

Alle Anforderungen müssen mit dem Datum der Inbetriebnahme eingehalten werden, um eine Betriebskostenförderung zu erhalten.

In Reihe geschaltete Wärmepumpen werden als eine Wärmepumpenanlage betrachtet, für die ein Antrag zu stellen ist. Für parallelgeschaltete Wärmepumpen kann für jede Wärmepumpe ein separater Antrag gestellt werden, wenn diese unabhängig voneinander Wärme mit der gewünschten Temperatur für das Wärmenetz liefern können. Für alle Wärmepumpen, die nur zusammen technisch sinnvoll betrieben werden können, ist ein Antrag zu stellen.

Für Wärmepumpen, die nicht unter die EN 14825 fallen oder wenn es für das beantragte System keinen vom Hersteller ausgewiesenen Seasonal Coefficient of Performance (SCOP) gibt, ist die Jahresarbeitszahl (JAZ) zu berechnen/simulieren. Die Berechnung muss auf den Daten des Herstellers basieren und sind detailliert zu erläutern. Dazu sind mindestens die Eingangs- und Ausgangstemperaturen, Wärme- und Strommengen sowie die COP der einzelnen Wärmepumpen in den

verschiedenen Betriebszuständen anzugeben. Es muss angegeben werden, welche Komponenten im (S)COP bzw. in der JAZ berücksichtigt sind. Ein Bezug nur auf den Verdichter ist nicht zulässig. Der Strom kann grundsätzlich für alle Komponenten gefördert werden, die der Hersteller im (S)COP berücksichtigt hat. Soll darüber hinaus der Strom für Komponenten für die Förderung des Mediums von der Wärmequelle zu den Wärmepumpen gefördert werden, sind diese Komponenten als ein System anzugeben und müssen in (S)COP und JAZ berücksichtigt werden.

Der SCOP bzw. die JAZ muss mindestens 2,5 betragen, damit eine Förderung gewährt werden kann. Beim jährlichen VN sind die Strom- und Wärmemengen zu addieren und daraus die JAZ für das Förderjahr zu errechnen. Ist die JAZ geringer als 2,5 erfolgt für das Jahr keine Auszahlung der Förderung. Weicht die JAZ stark von dem Wert aus dem Antrag ab, behält sich das BAFA vor den Förderbetrag in Cent/kWh neu zu berechnen und die Förderung für die Folgejahre anzupassen.

Bei der Berechnung der JAZ sind die jahreszeitlichen Schwankungen zu berücksichtigen. Ein beispielhaftes Schema ist in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

Wärmemenge pro Jahr:		[WERT] MWh			
Monat	Ø Temp. Medium [°C]	COP	Anteil an gesamter Wärmemenge [%]	abgegebene Wärmemenge [MWh]	Strombedarf [MWh]
Januar	2	3,6	16,1	10.787	4.149
Februar	2,6	3,63	13	8.710	3.111
März	6	3,8	12,5	8.375	2.792
April	10,4	4,03	8,1	5.427	1.596
Mai	14,7	4,25	3,5	2.345	617
Juni	18,2	4,6	2,2	1.474	360
Juli	20,2	4,8	1,7	1.139	259
August	19,7	4,75	1,6	1.072	238
September	15,8	4,35	5,2	3.484	810
Oktober	11	4,05	8,4	5.628	1.608
November	6,2	3,8	12,2	8.174	2.819
Dezember	2,9	3,65	15,5	10.385	3.846
	JAZ	[SUMME abgegebene Wärmemenge / SUMME Strombedarf]		[SUMME]	[SUMME]

Der COP sollen aus den Angaben des Herstellers entnommen und ggf. für die Ø Temp. Medium interpoliert werden. Die abgegebene Wärmemenge berechnet sich aus der Wärmemenge pro Jahr multipliziert mit dem Anteil an der gesamten Wärmemenge.

Eine Betriebskostenförderung kann nicht gewährt werden, wenn die Wärmepumpe direkt mit eigens produziertem fossilem Strom betrieben wird. In Ausnahmefällen kann eine bilanzielle Trennung der Strommengen genehmigt werden, wenn es stromnetzseitig nicht möglich ist die Wärmepumpe und den fossilen Stromerzeuger voneinander zu trennen.

Für Wärmepumpe, die den Strom aus dem Netz der allgemeinen Versorgung (§3 Nr. 17 EnWG) oder aus einem geschlossenen Verteilnetz (§110 EnWG) beziehen gilt folgende Formel zur Berechnung des Förderbetrags:

$$\text{Förderbetrag} = \left[5,5 - \left(6,8 - \frac{17}{\text{SCOP bzw. JAZ}} \right) * 0,75 \right] * \left(\frac{\text{SCOP bzw. JAZ}}{\text{SCOP bzw. JAZ} - 1} \right) \text{Cent/kWh}$$

Der Förderbetrag ist auf 9,2 Cent/kWh netto begrenzt. Die Fördersumme berechnet sich dann mit der Formel:

$$\text{Fördersumme} = (\text{Strommenge} * \text{SCOP bzw. JAZ} - \text{Strommenge}) * \text{Förderbetrag}$$

Die Strommenge wird subtrahiert, da kein Strom aus fossiler Energie gefördert werden soll. Zusätzlich gilt eine Begrenzung auf 90% nachgewiesenen Stromkosten. D. h. die vom Antragsteller angegebenen Stromkosten werden mit 90% multipliziert und diese Summe mit der berechneten Fördersumme aus Strombezug und dem Förderbetrag in Cent/kWh sowie der Summer aus der WLB verglichen. Die niedrigste Summe entspricht dann der Förderung. Im VN werden ebenfalls nur 90% der Stromkosten berücksichtigt.

Bezieht eine Wärmepumpe Strom aus EE-Erzeugern ohne dass der Strom durch das öffentliche Stromnetz geleitet wird und kann durch ein entsprechendes Messkonzept der Bezug der Wärmepumpe von den EE-Erzeugern eindeutig erfasst werden gilt folgende Formel zur Berechnung der Förderung.

$$\text{Förderbetrag} = 3 - \left(\frac{8}{2,5} - \frac{8}{SCOP \text{ bzw. JAZ}} \right) * 0,75 \text{ Cent/kWh}$$

Der Förderbetrag ist auf 3 Cent/kWh netto begrenzt. Die Fördersumme berechnet sich dann mit der Formel:

$$\text{Fördersumme} = \text{Strombezug (aus der erneuerbaren Energiequelle)} * SCOP \text{ bzw. JAZ} * \text{Förderbetrag}$$

Wer der Eigentümer der EE-Erzeuger ist, ist dabei nicht relevant. Biogas-KWK werden als EE-Stromerzeuger akzeptiert.

Um entgangene Einnahmen EE geltend zu machen muss der Antragsteller folgendes liefern:

- Fördersatz mit Angabe einer offiziellen Quelle der Fördersätze.
- Berechnung, wie sich die entgangene Förderung ergibt.
- Formlose Erklärung/Bestätigung, dass die Anlage eine Förderung erhalten würde.
- Aufstellung der erzeugten Strommenge und des Verbrauchs der Wärmepumpe pro Monat.

Wird **Strom aus beiden Varianten** bezogen, muss ein entsprechendes Messkonzept die Anteile am Strom der beiden Varianten aufzeigen. Ist dies nicht möglich und befinden sich EE-Erzeuger und nicht EE-Erzeuger im selben Strom-/Verteilnetz kann so abgerechnet werden, als würde die Wärmepumpe zu 100% mit Strom aus dem öffentlichen Netz betrieben.

Wird eine förderfähige Wärmepumpe mit einer KWK-Anlage betrieben, kann eine Betriebskostenförderung gewährt und der überschüssige Strom darf verkauft werden, wenn dieser keine andere Vergütung erhält. Der Förderbetrag entspricht dann dem Förderbetrag, wie wenn die Wärmepumpe Strom aus dem Netz der öffentlichen Versorgung bezieht.

Als Nachweis für die tatsächlichen Kosten bei Stromnetzbezug ist die Rechnung des Stromanbieters und Bilder von den Wärme- und Strommengenählern einzureichen, die sich auf die Strommengen der Wärmepumpen bezieht.

Wirtschaftlichkeitslückenberechnung

Als Investitionskosten dürfen nur die Kosten für die Komponenten angegeben werden, die im (S)COP bzw. der JAZ berücksichtigt wurden. Daneben können die Kosten für die Komponenten zur Förderung des Wärmedienstmediums sowie die Stromanlagen und Steuerungstechnik berücksichtigt werden, die unmittelbar für deren Betrieb notwendig sind. Zum Nachweis der Kosten ist dem Antrag eine Aufstellung der im Modul 2 als förderfähig anerkannten Kosten beizufügen. Zu jeder Kostenposition ist auf denselben Nachweis wie im Modul 2 zu referenzieren und dieser Nachweis beizufügen. Sollten sich Änderungen zum Antrag Modul 2 ergeben haben, ist dies kenntlich zu machen und die aktuellen Dokumente beizufügen.

4.5.5 Anlagenbeschreibung

Es ist ein Datenblatt einzureichen, welches folgende Informationen beinhaltet:

- Nennleistung der Wärmepumpe bzw. Gesamtleistung der Kollektorfläche
- Kollektorfläche in m² bei Solarthermieranlagen
- Grafische Darstellung des Systems mit Fließrichtungen und Temperaturen
- SCOP bzw. JAZ bei Wärmepumpen für das beantragte System aus Wärmepumpen
- Berechnungen mit detaillierter Erläuterung zur Ermittlung der geplanten Wärme- und Strommengen und den zu erwartenden Stromkosten.

Der Umfang des Datenblattes sollte möglichst kurz und prägnant aber nachvollziehbare sein. Eine allgemeine Darstellung des Projektes ist nicht anzugeben.

4.5.6 Messkonzept

Für Solarthermie- und Wärmepumpenanlagen müssen die abgegebenen Wärmemengen und bei Wärmepumpen die Strommengen erfasst werden.

Für die Wärmepumpen, für die eine Betriebskostenförderung bezogen wird, muss es mess- und eichrechtskonforme Messeinrichtungen zur kontinuierlichen Erfassung der bezogenen Strom- und der abgegebenen Wärmemenge geben. Das Messkonzept muss berücksichtigen, dass Strommengen von peripheren Komponenten wie z. B. Pumpen nur dann erfasst und gefördert werden können, wenn diese für den Betrieb der dazugehörigen Wärmepumpe notwendig sind und durch den Hersteller bei der Berechnung des (S)COP oder durch den Antragsteller bei der Ermittlung der JAZ berücksichtigt wurden.

Wird Wärme aus förderfähigen und nicht förderfähigen Quellen bezogen, müssen diese Wärmequellen getrennt gemessen werden.

Werden Rückkühler installiert, weil im Sommer ansonsten die Wärmemenge zu hoch ist, muss nachweisbar sein welche Wärmemenge zum Heizen abgenommen wird. Die Betriebskostenförderung kann nur auf die für das Wärmenetz tatsächlich genutzte Wärmemenge gezahlt werden. D. h. auf die Differenz der Wärmeeinspeisung minus Wärme der Rückkühlung.

Das Unternehmen, dass die Messtechnik verbaut, muss auf Anfrage bestätigen, dass eine eichrechtskonforme Messung aller Strom- und Wärmedaten sichergestellt ist.

5 Förderfähige Komponenten und Leistungen

5.1.1 Modul 1

Förderfähig sind ausschließlich Ausgaben, die im direkten Zusammenhang mit der Erstellung der MBS bzw. des Trafoplans oder der Planungsleistungen und -unterlagen für förderfähige Komponenten anfallen. Zusätzlich sind Ausgaben für Probebohrungen/Erkundungen, Thermal Response Tests o. ä. sowie Ausgaben für notwendige Gutachten für Genehmigungen förderfähig. Genehmigungsgebühren, Fahrt-, Verpflegungs- und Übernachtungskosten sowie Planungsleistungen für nicht förderfähige Maßnahmen sind nicht förderfähig.

Zeigt die MBS oder der Trafoplan auf, dass das Projekt auch mit Förderung nicht wirtschaftlich oder technisch nicht realisierbar ist, können angefallene Ausgaben trotzdem gefördert werden. Bei den Planungsleistungen für LPh 2 bis 4 ist dies i. d. R. nicht der Fall. Das BAFA behält sich jeweils vor, dies im Einzelfall zu prüfen.

5.1.2 Modul 2 und 3

Grundsätzlich sind Komponenten nur förderfähig, wenn sich diese bis mindestens 10 Jahre nach Inbetriebnahme im Eigentum des Antragstellers befinden. Die Komponenten und Leistungen für Planung und Bau sind nur förderfähig, wenn diese unmittelbar für Planung, Errichtung oder Betrieb des Wärmenetzes notwendig sind. Die nachfolgende Liste zur Förderfähigkeit einzelner Komponenten und Leistungen stellt die aktuelle Förderpraxis dar und ist nicht abschließend. Zu nicht gelisteten Komponenten und Leistungen kann im Vorfeld der Antragstellung eine Anfrage an waerme-netze@bafa.bund.de gestellt werden. Sind Komponenten nicht förderfähig, sind auch periphere Komponenten wie z. B. Armaturen und MSR-Technik sowie die (Planungs-)Leistungen dafür nicht förderfähig.

Komponente und Leistungen	Förderfähig	
	Modul 2	Modul 3
Abbruch, Demontage, Rückbau	Nein	
Abwärmeauskopplung	Ja ¹⁾	Nein
Archäologische Voruntersuchungen	Nein	
Armaturen	Ja	Ja ²⁾
Ausgleichsmaßnahmen	Nein ⁽³⁾	
Besicherungsanlagen	Ja ⁴⁾	Nein
Biomassekessel	Ja ⁵⁾	
Blockheizkraftwerk (BHKW)	Nein	
Brennstofflager mit Fördersystem	Ja ⁶⁾	Nein
Bürgerinbindungsmaßnahmen	Nein	
Datenankauf	Ja ⁷⁾	
Druckerhöhungs- und Druckhaltungsanlagen	Ja	Ja ²⁾
Elektrische Anlagen	Ja ⁸⁾	
Energiepfähle	Ja ⁹⁾	Nein
Entschädigungen	Nein	
Entsorgung	Ja ¹⁰⁾	Nein
Ersatz treibhausgasneutraler Wärmeerzeuger	Nein	
Ersatzteile	Nein	
Fernwärmenetz-Anbindung	Ja ¹¹⁾	Ja
Fundamente	Ja	
Fördereinrichtungen Kessel	Ja	
Garantierweiterungen	Nein	

Gebäudekauf	Nein	
Gebrauchte Anlagen(teile)	Nein	
Gebühren	Nein	
Genehmigungsanträge mit Gebühren	Nein	
(Tiefe) Geothermie	Ja ¹²⁾	Nein
Grundstückskauf	Nein	
Gutachten	Ja ¹³⁾	
Hausanschlussstationen (HAST)	Ja ¹⁴⁾	
Heiz-/Energiezentrale (für dezentrale Wärmepumpen) inklusive TGA-Ausstattung	Ja ¹⁵⁾	Nein
Heizstäbe/direktelektrische Wärmeerzeuger/Elektroheizkessel/Power-to-Heat	Nein ¹⁶⁾	
Interimslösungen zur Wärmeversorgung	Nein	
Interne Bauleistungen	Ja ¹⁷⁾	
Interne Verbrauchsmaterialien	Ja ¹⁸⁾	
Kälteerzeugungs- und -Übertragungskomponenten	Nein ¹⁹⁾	
Kampfmittelbeseitigungsuntersuchung	Ja	
Kraftwerke	Nein	
KWK-Anlagen	Nein ²⁰⁾	
Leckageüberwachung	Ja ²¹⁾	Ja ^{21), 2)}
Lizenzgebühren	Nein	
Marketing	Nein	
MSR-Technik	Ja ²²⁾	
Nebenkosten gemäß HOAI	Ja	
Organic Rankine Cycle (ORC)-Anlage	Nein	
Photovoltaikanlage	Nein	
Pläne (Flächennutzungs-, Bebauungs-, etc.): Änderung oder Erstellung	Nein	
Planungsleistungen LPh 1 bis 4	Nein	
Planungsleistungen LPh 5 bis 8	Ja	
Planungsleistungen für kombinierte Wärme- und Kältekomponenten	Ja, wenn nicht trennbar	
Pumpen	Ja	Ja ²⁾
PVT-Anlage	Ja ²³⁾	Nein
Pyrolyseanlage	Nein ²⁴⁾	
Redundanz	Nein	
Reparatur	Nein	
Rohrleitungen (inkl. Dämmung)	Ja ²⁵⁾	Ja ²⁾
Rückkühlwerk	Nein ²⁶⁾	
Sanierung	Ja ²⁷⁾	Nein
Schornstein	Ja	
Schulung	Nein	
Silos	Ja ²⁸⁾	
Software	Ja ²⁹⁾	
Solarthermie	Ja	
Stromerzeugungsanlage	Nein	

Suchschachtungen zum Auffinden von Leitungsverläufen	Ja	
Synthetische Gasanlage	Nein	
Umbau/Umrüstung bestehende Anlage	Nein	
Umbauzuschläge nach HOAI	Ja ³⁰⁾	
Umverlegung (z. B. von Rohleitungen)	Ja ³¹⁾	
Verlege- und Tiefbauarbeiten	Ja ³²⁾	Ja
Versicherungen	Nein	
Vertrieb	Nein	
Wärmepumpe, zentral	Ja	
Wärmepumpe, dezentral	Ja ³³⁾	Nein
Wärmespeicher	Ja	
Wärmeübergabestation	Ja	Nein
Wärmeüberträger	Ja	Nein
Wasseraufbereitungsanlage	Ja	Nein
Wiederherstellung nach Grabungen und Bohrungen	Nur Schüttung und einfache Bepflanzung	
Wirtschaftsprüfer	Nein	
Wohnungsübergabestation	Nein	

1) Abwärmeauskopplung: Grundsätzlich sind bei der Nutzung von Abwärme nur Komponenten ab bzw. inklusive dem Wärmetauscher förderfähig. Das vorgelagerte Kanalnetz und Leitungen zur Verteilung des abzukühlenden Mediums der Abwärmequelle sind nicht förderfähig. Investitionen in Anlagen zur Abwärmenutzung, die Eigentum des Abwärme auskoppelnden Unternehmens sind, sind nicht förderfähig.

2) Armaturen, Druckerhöhungs- und Druckhaltungsanlagen, Leckageüberwachung, Pumpen, Rohrleitungen: Nur für den Anschluss von EE-Erzeugern, die Integration von Abwärme sowie die Erweiterung von Wärmenetzen und nur, wenn diese ausschließlich zum Betrieb der Einzelmaßnahme verwendet werden.

3) Ausgleichsmaßnahmen: Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft, z. B. Renaturierung.

4) Besicherungsanlagen: Nur förderfähig, wenn diese zusammen mit einem förderfähigen Wärmeerzeuger beantragt werden. Ein Gasanschluss ist nicht förderfähig.

5) Biomassekessel: Inklusive Kaminanlage und Rauchgasreinigung.

6) Brennstofflager mit Fördersystem: Es sind lediglich Brennstofflager förderfähig, welche über ein fest installiertes/verbautes Fördersystem zur Biomasseanlage verbunden sind.

7) Datenankauf: Wenn diese Daten zur Planung, Errichtung oder Betrieb des Wärmenetzes notwendig sind.

8) Elektrische Anlagen: Elektrische Komponenten wie Stromanschluss, Transformatoren, Schaltanlagen, Netzan-schlüsse, Kabel, Leitungen etc., die für den Betrieb der förderfähigen Komponenten des Wärmenetzes verwendet werden, sind förderfähig. Werden nicht förderfähige Komponenten (z. B. KWK-Anlagen) des Wärmenetzes mit angeschlossen, ist dies trotzdem förderfähig. Das BAFA behält sich aber vor, die Kosten (teilweise) nicht anzuerkennen, wenn die benötigte Leistung der nicht förderfähigen Komponenten die der förderfähigen stark übertrifft. Maßnahmen am allgemeinen Stromnetz sind nicht förderfähig. Eine Trafostation ist förderfähig, wenn Sie Eigentum des Wärmenetzbetreibers ist. Wenn die Trafostation im Eigentum des Netzbetreibers ist, kann ein Baukostenzuschuss gefördert werden, nicht jedoch die Trafostation selbst.

9) Energiepfähle: Sofern die Ausgaben eindeutig abgrenzbar sind, können Komponenten wie z. B. Rohrleitungen und Leistungen zur thermischen Aktivierung gefördert werden. Werden diese nicht für eine Gründung und überwiegend für die Gewinnung von Wärme genutzt, sind sie förderfähig

10) Entsorgung: Außer wenn die Entsorgung mit nicht förderfähigem Abbruch, Demontage o.ä. zusammenhängt.

11) Fernwärmenetz-Anbindung: Es muss eine Absichtserklärung vom Betreiber des Fernwärmenetzes vorliegen, dass dieses ab 2045 treibhausgasneutral ist oder der Antragsteller erklärt, dass sein Wärmenetz entkoppelt wird, wenn das Fernwärmenetz ab 2045 nicht treibhausgasneutral ist. Es ist dann zu beschreiben, wie die Wärmemenge aus dem Fernwärmenetz ersetzt wird.

12) (Tiefe) Geothermie: Die Förderung umfasst Erkundungs-/Probe-, Injektions- sowie Förderbohrungen. Dazu zählen auch die Baustelleneinrichtung und Tiefbauarbeiten. Bohrkosten sind auch dann förderfähig, wenn die Bohrung nicht fündig war. Eine zweite Bohrung kann in Absprache mit dem BAFA förderfähig sein. Der Erwerb einer bestehenden Bohrung oder Brunnenanlage ist nicht förderfähig. Die Extraktion von Lithium beeinträchtigt nicht die Förderfähigkeit.

13) Gutachten: Wenn diese zum (Um)Bau oder zur Genehmigung der Maßnahme erforderlich ist.

14) Hausanschlussstationen (HAST):

Die Ausgaben für Hausanschlussstationen sind nur förderfähig, soweit der Zuwendungsempfänger keinen Kostenerstattungsanspruch gegen den Anschlussnehmer hat (vgl. § 10 Abs. 5 AVBFernwärmeV).

Ausgaben für Hausanschlussstationen sind darüber hinaus grundsätzlich nur förderfähig, soweit kein Anschluss- und Benutzungszwang besteht. Im Fall eines Anschluss- und Benutzungszwangs sind lediglich Ausgaben für digitalisierte „intelligente Hausanschlussstationen“ (iHAST) förderfähig.

15) Heiz-/Energiezentrale: Die Heizzentrale alleine ist nicht förderfähig, die unterzubringenden Wärmeerzeuger müssen Bestandteil der Förderung sein. Außerdem darf diese ausschließlich Komponenten für den Betrieb des Wärmenetzes enthalten und von allen Wärmeerzeugern müssen die förderfähigen Wärmeerzeuger mehr als 50% der Wärmemenge liefern. Ausgeschlossen sind fossile Wärmeerzeuger. Wird die Heizzentrale als förderfähig anerkannt sind die hierfür notwendigen Ausgaben förderfähig. Darunter fallen die Kostengruppen (nach DIN 276) 215, 220, 230, 300 und 400. Nicht förderfähig sind die Kostengruppen 383, 394 und 494. Bei der KG 400 ist zu differenzieren, ob die jeweiligen Komponente für das Wärmenetz oder für die Heizzentrale sind. Positionen der KG 500 sind nur in einem sehr einfachen Umfang, der für den Betrieb der Heizzentrale notwendig ist, förderfähig. Bei den Planungsleistungen sind als anrechenbare Ausgaben nur die Ausgaben für das Gebäude und die für das Gebäude notwendige technische Ausrüstung ansetzbar und nicht auch die Ausgaben für die darin enthaltenen Komponenten für das Wärmenetz. Ein Mehraufwand bei der Gebäudeplanung kann über die Einordnung in eine höhere Honorarzone bzw. Honorarsatz berücksichtigt werden. Wege für z. B. die Anlieferungen von z. B. Hackschnitzel sind förderfähig. Park- und Stellplätze, Höfe, Terrassen und Pflanzflächen sowie der Kauf, die Miete oder Pacht eines Gebäudes wird nicht gefördert. Auch ein Rückbau oder Abriss eines Gebäudes, um Platz für eine neue Heizzentrale zu schaffen ist nicht förderfähig. Die Herrichtung eines bestehenden Gebäudes (ohne Kauf) ist förderfähig. Dazu muss eine Kostenvergleichsrechnung von einem externen Planer beigelegt werden. Gefördert wird maximal was ein Neubau gekostet hätte.

16) Heizstäbe: Außer der Heizstab ist in einer Wärmepumpe vom Hersteller integriert.

17) Interne Bauleistungen: Nur Personalausgaben und im Wärmenetz verbaute Komponenten sind förderfähig.

18) Interne Verbrauchsmaterialien die im Wärmenetz verbaut und im Förderzeitraum gemäß den Vergabevorgaben bestellt und abgerechnet werden und Mieten für Baustelleneinrichtungen sind förderfähig. Interne Verbrauchsmaterialien wie z. B. Betriebsstoffe und Büromaterial sind nicht förderfähig.

19) Kälteerzeugungs- und -Übertragungskomponenten: Wärmenetze können auch zur Übertragung von Kälte genutzt werden. Überwiegend muss aber Wärme erzeugt und übertragen werden. Komponenten, die rein zur Erzeugung und Übertragung von Kälte dienen, sind nicht förderfähig.

20) KWK-Anlagen: Unabhängig vom verwendeten Brennstoff. Wenn sie bis 2045 einen treibhausgasneutralen Brennstoff verwenden gelten KWK-Anlagen als treibhausgasneutral.

21) Leckageüberwachung: Außer diese sind für eine Genehmigung zwingend erforderlich.

22) MSR-Technik ist förderfähig, wenn diese mit anderen förderfähigen Komponenten installiert werden. Als alleinige Maßnahme ist der Einbau nur dann im Modul 2 förderfähig, wenn er den späteren Einbau förderfähiger Komponenten vorbereitet. Die Datensicherheitsstandards des BSI sind für alle Komponenten einzuhalten. Im Modul 3 sind diese nur förderfähig, wenn diese ausschließlich zum Betrieb der Einzelmaßnahme verwendet werden.

23) PVT-Anlage: Es können ausschließlich Ausgaben gefördert werden, die sich eindeutig auf die PVT-Module beziehen. Stromanschlüsse können gefördert werden, wenn der Strom für die zugehörige Wärmepumpe genutzt wird.

24) Pyrolyseanlagen sind nicht förderfähig, die Wärme kann aber als EE in ein Wärmenetz eingespeist werden. Wird die Anlage ausschließlich zur Herstellung von Pflanzenkohle genutzt, ist die Wärme Abwärme. Wird Strom und/oder Wärme oder andere Energieträger erzeugt, bei der Pflanzenkohle entsteht, ist es Wärme aus Biomasse.

25) Rohrleitungen sind als Neubau inklusive der notwendigen Tiefbau- und Verlegearbeiten förderfähig. Der Ersatz von bestehenden Leitungen ist nur förderfähig, wenn dadurch die Effizienz gesteigert wird.

26) Rückkühlwerke: Diese sind als Quelle für Wärmepumpen verwendbar aber nicht förderfähig. Der Wärmetauscher zur Auskopplung ist förderfähig, wenn es sich um Abwärme handelt oder der nicht förderfähige Wärmeerzeuger treibhausgasneutral ist. Zur Regeneration eines Erdsondenfeld ist dies förderfähig.

27) Sanierung ist nicht förderfähig. Wenn aber die Effizienz des Wärmenetzes z. B. durch bessere Dämmung gesteigert wird, ist dies im Rahmen einer Transformation förderfähig.

28) Silos sind im Modul 3 nur in Verbindung mit einem förderfähigen Wärmeerzeuger für den das Silo notwendig ist förderfähig.

29) Software: Nur, wenn diese zwingend für den Betrieb förderfähiger Komponenten notwendig ist. Anpassungen sind auch förderfähig.

30) Umbauzuschläge nach HOAI sind mit einer ausreichenden Begründung bei Transformation förderfähig.

31) Umverlegung: Wenn es sich um Umbau und nicht Abriss oder Demontage handelt. Es muss aber in direktem Bezug zum Wärmenetz stehen und wirtschaftlicher sein, als die Anlagenteile nicht umzuverlegen.

32) Verlege- und Tiefbauarbeiten: Werden die Tiefbauarbeiten für das Wärmenetz zusammen mit anderen Maßnahmen wie z. B. der Verlegung von Glasfaser durchgeführt, ist dies nicht förderschädlich. Die Verlegung der anderen Maßnahmen ist aber nicht förderfähig und die Ausgaben für das Wärmenetz müssen klar abgrenzbar sein und dürfen nicht mit anderen Förderungen z. B. für den Ausbau von Glasfaser kumuliert werden. Müssen die Trassenbreite und -tiefe aufgrund mehrerer Maßnahmen größer dimensioniert oder Leitungen umverlegt werden, muss es für die jeweiligen Leistungen für das Wärmenetz separate Rechnungen geben, z. B. vom Verleger von Glasfaserleitungen an den Antragsteller

des Wärmenetzes. Werden (Planungs-)Kosten vom Antragsteller des Wärmenetzes an Dritte (z. B. den Verleger von Glasfaserleitungen) weitergegeben, müssen diese Kosten als Einnahmen angegeben werden. Prozentuale Angaben zur Aufteilung von oder in Rechnungen sind nicht zulässig. Bei der Beauftragung müssen die Anforderungen an die Vergabe eingehalten werden.

33) Wärmepumpe, dezentral: Eine Hybridübergabestation (Heizstab für Warmwasseraufbereitung) ist förderfähig, wenn die elektrische Nachheizung (Durchlauferhitzer) ausschließlich der Anhebung der Temperatur vom Trinkwasser dient und nicht der Erzeugung von Wärme für die Wärmeversorgung des Gebäudes. Die Komponenten für die Wärmeübergabe vom Wärmenetz an den Heizkreislauf des Gebäudes und die elektrische Nachheizung in der Hybridübergabestation müssen baulich integriert sein. Eine separate Wärmepumpe für die Trinkwassererwärmung ist förderfähig, wenn diese zentral für ein Gebäude installiert ist.

Weitere Hinweise

Hinsichtlich der Förderfähigkeit bei der neuen Anbindung von Wärmeerzeugern an ein Wärmenetz wird folgendermaßen abgestuft:

1. Anbindung eines förderfähigen Wärmeerzeugers: Die Integration wird vollständig gefördert.
2. Anbindung eines nicht förderfähigen Wärmeerzeugers mit erneuerbarem Brennstoff wie z. B. mit Biomethan, Bio-, Klär- oder Deponiegas oder fester Biomasse befeuerte KWK-Anlagen und Kessel sowie geothermische KWK-Anlagen: Die Integration bis zum Standort des Wärmeerzeugers inklusive der Auskopplung an einem Übergabepunkt wird gefördert.
3. Anbindung eines nicht förderfähigen aber bis 2045 treibhausgasneutralen Wärmeerzeugers, wie z. B. einer TAB mit CCS: Es wird nur die Integration direkt am Wärmenetz aber nicht die Leitung bis zum Standort des Wärmeerzeugers gefördert.
4. Anbindung eines nicht förderfähigen und nicht bis 2045 treibhausgasneutralen Wärmeerzeugers: Es können keinerlei Leistungen gefördert werden.

Voraussetzung ist immer, dass die geförderten Komponenten Eigentum des Antragstellers sind.

Nicht förderfähig sind außerdem Unterschriftsbeglaubigungen, Grunderwerbssteuer, Mahn- und Verwaltungsgebühren, Antrag Entwässerungsgesuch, Avalprovision, Entschädigungsconsulting und -kosten.

Wärmeerzeuger dürfen ausschließlich Wärme für das geförderte Wärmenetz bereitstellen, damit die Anlage gefördert werden kann. Eine Versorgung von Produktionsprozessen ist ausgeschlossen.

Eine Optimierung von bestehenden Wärmeerzeugern z. B. durch Einbindung eines Wärmetauschers oder einer Wärmepumpe zur Rauchgaskondensation ist nicht förderfähig.

6 Anforderungen an die Komponenten

6.1 Wärmeerzeuger

6.1.1 Besicherungsanlagen

Die thermische Leistung der Besicherungsanlage darf maximal 20% größer sein, als die der zu besichernden Anlagen und müssen bis 2045 treibhausgasneutral sein, unabhängig, davon, ob diese förderfähig sind oder nicht. Die Besicherungsanlagen dürfen nur bei Ausfall von besicherten Anlagen genutzt werden. Die Dauer der Nutzung ist im Einzelfall durch das BAFA zu genehmigen, wenn sie über 200 Vollbenutzungsstunden in einem Kalenderjahr liegt.

Zulässig ist jeder förderfähige Wärmeerzeuger. Soll eine Besicherungsanlage mit Gas betrieben werden, muss dies nachhaltig erzeugte und effizient eingesetzte gasförmige Biomasse sein. Dazu zählen Biogas, Biomethan (bilanziell), Klärgas aus Klärschlamm im Sinne der Klärschlammverordnung, Gruben- oder Deponiegas. Mit flüssigem Biogas befeuerte Anlagen sind nur förderfähig, wenn es aus direkter Herstellung und nicht als Nebenprodukt der Kraftstoffherstellung stammt (BioLNG ja, BioLPG nein). Nachweise im Sinne der Biomassestrom-Nachhaltigkeitsverordnung (BioSt-NachV) sind auf Anforderung vorzulegen. Es darf auch gasförmige Biomasse, die aufbereitet und in das Erdgasnetz eingespeist worden ist (Biomethan) eingesetzt werden. Geht der Wärmeerzeuger in Betrieb, ist mit dem darauffolgenden VN der Versorgungsvertrag vorzulegen, aus dem hervorgeht, dass die abgerufene Brennstoffmenge aus dem Erdgasnetz bilanziell ausgeglichen wird. Die Menge im Vertrag muss 100% des Bedarfs der Kessel entsprechen.

6.1.2 Feuerungsanlagen für Biomasse

Allgemein

Es sind nur Feuerungsanlagen zur Verbrennung von fester Biomasse förderfähig, die ausschließlich für die Wärme- und nicht auch für die Stromerzeugung genutzt werden. Unterschieden wird zwischen einzelnen Kesseln und Anlagen, bestehend aus mehreren Kesseln. Mehrere Kessel, deren Abgase über einen gemeinsamen Schornstein abgeleitet werden, gelten als eine Anlage. Dies gilt auch, wenn die Abgase unter Berücksichtigung technischer und wirtschaftlicher Faktoren gemeinsam über einen Schornstein abgeleitet werden können. Weiterhin wird unterschieden zwischen Anlagen mit weniger als 1 MW und ab 1 MW Feuerungswärmeleistung. Bestehende Anlagen müssen diese Anforderungen ebenfalls erfüllen.

Die verfeuerte Biomasse muss die Nachhaltigkeitskriterien gemäß BioSt-NachV und die Anforderungen der Richtlinie BEW erfüllen. Hierzu muss eine Bestätigung des Brennstofflieferanten im Sinne der BioSt-NachV vorgelegt werden. Dabei ist keine gesonderte Zertifizierung notwendig. Eine einmalige Bestätigung ist ausreichend, wenn sich Verkäufer und Produkt nicht ändern. Geht der Wärmeerzeuger in Betrieb, ist mit dem darauffolgenden VN diese Bestätigung vorzulegen. Ziel der Vorgaben zum Brennstoff ist, dass nur Reste und keine Pflanzen verfeuert werden, die extra angebaut werden oder Materialien, die wiederverwertbar sind.

Die nachfolgenden Emissionsgrenzwerte gelten für jede einzelne Anlage und sind durch ein Datenblatt oder Ausschreibungsbedingungen im VN nachzuweisen, die Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz reicht nicht aus.

Anlagen oder Kessel mit einer Feuerungswärmeleistung von weniger als 1 MW

Förderfähig sind Anlagen mit einer Feuerungswärmeleistung von weniger als 1 MW, außer Anlagen nach Anhang 1 Nr. 1.2.4. 4. Bundesimmissionsschutzverordnung (BImSchV), wenn sie folgende Emissionsgrenzwerte bezogen auf einen Volumengehalt an Sauerstoff im Abgas von 13% im Normzustand (273 K, 1013 hPa) einhalten:

- Kohlenmonoxid
 - 200 mg/m³ bei Feuerungswärmeleistung,
 - 250 mg/m³ bei Teillastbetrieb (für Brennstoffe nach § 3 Absatz 1 Nr. 8 1. BImSchV)
- Staub 15 mg/m³

Dabei sind folgende Brennstoffe nach § 3 Absatz 1 Nr. 4, 5, 5a, 8 und 13 der 1. BImSchV zulässig:

- naturbelassenes stückiges Holz einschließlich anhaftender Rinde, insbesondere in Form von Scheitholz und Hackschnitzeln, sowie Reisig und Zapfen,
- naturbelassenes nicht stückiges Holz, insbesondere in Form von Sägemehl, Spänen und Schleifstaub, sowie Rinde,
- Presslinge aus naturbelassenem Holz in Form von Holzbriketts nach DIN EN 14961, oder in Form von Holzpellets mit einer Zertifizierung auf Grundlage der DIN EN ISO 17225-2, sowie andere Holzbriketts oder Holzpellets aus naturbelassenem Holz mit gleichwertiger Qualität,
- Stroh und ähnliche pflanzliche Stoffe, nicht als Lebensmittel bestimmtes Getreide wie Getreidekörner und Getreidebruchkörner, Getreideganzpflanzen, Getreideausputz, Getreidespelzen und Getreidehalmreste sowie Pellets aus den vorgenannten Brennstoffen,
- sonstige nachwachsende Rohstoffe, soweit diese die Anforderungen nach § 3 Absatz 5 1. BImSchV einhalten.

Anlagen oder Kessel mit einer Feuerungswärmeleistung ab 1 MW

Förderfähig sind Anlagen mit einer Feuerungswärmeleistung ab 1 MW sowie Anlagen nach Anhang 1 Nr. 1.2.4. der 4. BImSchV, wenn sie folgende Emissionsgrenzwerte bezogen auf einen Bezugssauerstoffgehalt von 6% nach §3 der 44. BImSchV einhalten:

- Die Anforderungen der Verordnung über mittelgroße Feuerungs-, Gasturbinen- und Verbrennungsmotoranlagen (44. BImSchV) mit der Maßgabe, dass ein Emissionsgrenzwert für Gesamtstaub von 10 mg/m³ nicht überschritten wird und
- ein feuerungstechnischer Wirkungsgrad: mindestens 70%.

Dabei sind die Brennstoffe des Anhang 1 der Richtlinie BEW zulässig:

- Landschaftspflegereste von privaten, kommunalen, Siedlungs- und Naturschutzflächen
- Straßenbegleitgrün
- Stroh und strohähnliche Biomasse
- Ernterückstände
- Unbehandelte Resthölzer, wenn stofflich nicht nutzbar
- Treibgut aus Gewässerpflege (Treibholz)
- Feste industrielle Substrate (Schalen, Hülsen, Trester)
- Sägerestholz (Späne, Schwarten, Spreißel)
- Altholz der Kategorie A1 bis A3

Alle Weiterverarbeitungsstufen dieser Brennstoffe sind miteingeschlossen. Stofflich nicht nutzbar bzw. verwertbar heißt, dass eine stoffliche Folgenutzung mit wirtschaftlichen Nachteilen gegenüber der Verfeuerung verbunden ist.

Betriebsstunden

Je nach Leitungslänge sind nur bestimmte Betriebsstunden zulässig:

- Weniger als 20 km: Keine Begrenzung der Betriebsstunden
- 20 bis 50 km: Maximal 4000 h/a pro Anlage.
- Mehr als 50 km: Maximal 2500 h/a pro Anlage.

Betriebsstunden mit weniger als 5% der Feuerungswärmeleistung, die zur Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft dienen, werden nicht gezählt.

6.1.3 Solarthermie

Die Module von Solarthermieanlagen müssen die europäische Solar Keymark-Zertifizierung aufweisen. Der gültige Nachweis ist im VN vorzulegen.

6.1.4 Tiefengeothermie

Förderfähig sind ausschließlich geothermische Anlagen zur Wärmeerzeugung. Wurde die Wärme so weit wie möglich im Wärmenetz verwendet, kann die dann noch überschüssige Wärme für die Erzeugung von Strom genutzt werden, soweit hierfür keine anderen staatlichen Förderungen oder Umlagen in Anspruch genommen werden. Einnahmen sind für die Antragstellung zu schätzen und (auch in der WLB) anzugeben sowie von den förderfähigen Ausgaben abzuziehen. Im VN sind die tatsächlichen Einnahmen anzugeben und von den förderfähigen Ausgaben abzuziehen. Mit Berechnungen ist nachzuweisen, dass die Geothermie auf die Deckung des Wärmebedarfs des Wärmenetzes ausgelegt ist.

6.1.5 Wärmepumpen

Wärmepumpen müssen die Anforderungen der Verordnung (EU) 2024/573 (F-Gas Verordnung) erfüllen. Bei Kältemitteln mit einem Global Warming Potential (GWP) größer 400 muss begründet werden, weshalb kein natürliches Kältemittel mit geringerem GWP eingesetzt werden kann. Ein Nachweis zum GWP ist im VN vorzulegen.

Wärmepumpen müssen einen SCOP von 2,5 eingehalten. Wird vom Hersteller kein SCOP angegeben, z. B. weil es sich um ein System von mehreren Wärmepumpen handelt, ist anhand der Methode zur Beantragung der Betriebskostenförderung (Modul 4) die voraussichtliche JAZ zu ermitteln, die dann mindestens 2,5 betragen muss.

6.2 Wärmespeicher

Förderfähig sind grundsätzlich alle Anlagen zur temporären ortsgebundenen Speicherung von Wärme, die dazu dienen, Schwankungen von Wärmebereitstellung und Wärmebedarf auszugleichen. Nicht förderfähig sind Anlagen zur bilanziellen Speicherung beispielsweise über das Gasnetz.

Wärmespeicher mit einer Größe von weniger als 25.000 m³ Wasseräquivalent müssen einen Wärmeverlust von weniger als 15 W/m² aufweisen. Für den Nachweis reicht bei Wärmespeichern mit weniger als 50 m³ Wasseräquivalent das Datenblatt des Herstellers. Ist dies nicht vorhanden, kann eine eigene Berechnung beigelegt werden. Bei Wärmespeichern mit mehr als 50 m³ Wasseräquivalent ist eine Wärmeverlustberechnung durchzuführen (z. B. gemäß FW 313 AGFW).

Bei saisonalen Speichern mit mehr als 25.000 m³ Wasseräquivalent gilt die Anforderung von 15 W/m² nicht. Trotzdem ist der Wärmeverlust zu berechnen. Der Nachweis zum Wärmeverlust ist im VN vorzulegen.

6.3 Wärmenetzleitungen

Unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit sind Rohrleitungen so gut wie möglich zu dämmen. Spezifische Vorgaben gibt es dazu nicht.

7 Verwendungsnachweis

7.1 Allgemein

Der Verwendungsnachweis (VN) dient dem Nachweis der zweckentsprechenden Verwendung der Zuwendung. Hierbei ist auf das erzielte Ergebnis, die getätigten Ausgaben und insbesondere auf Abweichungen gegenüber dem ursprünglichen Antrag einzugehen. Soweit nachfolgend von VN die Rede ist, sind damit immer auch die in Modulen 2 und 4 einzureichenden Zwischennachweise (ZN) gemeint (vgl. Ziff. 8.3. der Richtlinie). Nur soweit Abweichungen zwischen VN und ZN bestehen, wird explizit auf ZN eingegangen.

Der VN ist über die elektronische VN-Erklärung einzureichen. Diese finden Sie auf der Homepage des BAFA:

www.bafa.de/bew -> Informationen zum Thema -> Formulare -> VN-Erklärung zur Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW)

Die elektronische VN-Erklärung muss immer ausgefüllt werden. Für den VN ist nicht die allgemeine Upload-Seite aus der Antragstellung zum erstmaligen Hochladen der Unterlagen zu verwenden. Diese Upload-Seite dient ausschließlich der Beantwortung von Sachverhaltsaufklärungen und sonstiger Kommunikation zwischen Antragsteller und BAFA. Eine Bearbeitung von Unterlagen zum VN, die nicht über das korrekte Portal hochgeladen wurden, ist technisch nicht möglich. Kann in ZN von Modul 2 und 4 bei den Pflichtangaben im Formular des VN noch kein sicheres Datum angegeben werden, dann ist ein ungefähres Datum anzugeben.

Die Auszahlung erfolgt nach Abschluss der VN-Prüfung auf Basis der nachgewiesenen förderfähigen Ausgaben. Der Auszahlungsbetrag wird per Bescheid verbindlich festgesetzt. Im Festsetzungsbescheid werden etwaige Streichungen oder Kürzungen einzelner Positionen begründet (§ 39 VwVfG).

Ausnahme: Wurden in einem Förderjahr keine förderfähigen Investitionen getätigt, ist als Information für das BAFA ein formloses Schreiben und ein Sachbericht über die Upload-Seite hochzuladen:

www.bafa.de/bew -> Informationen zum Thema -> Formulare -> Upload-Seite

Der Sachbericht soll den Projektfortschritt und die weitere zeitliche Planung aufzeigen und eine Begründung enthalten, weshalb sich das Projekt verzögert. Außerdem ist ein aktualisierter Finanzierungsplan vorzulegen.

7.2 Zeitpunkt der Einreichung

7.2.1 Modul 1

Abweichend von Nr. 6.1 der ANBest-P bzw. ANBest-Gk ist der VN in Modul 1 innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des BWZ vorzulegen. Werden die Maßnahmen im Projekt früher abgeschlossen, kann der VN auch vor Ablauf des BWZ eingereicht werden. Die Einreichung von ZN ist in Modul 1 weder möglich noch erforderlich. Dies gilt auch dann, wenn der BWZ auf zwei Jahre verlängert wurde.

7.2.2 Modul 2

Abweichend von Nr. 6.1 der ANBest-P bzw. ANBest-Gk ist in Modul 2 **jährlich** innerhalb von drei Monaten nach Ende des Förderjahres ein ZN einzureichen. Das Förderjahr beginnt mit dem ersten Tage des BWZ und endet nach zwölf Monaten. Das Förderjahr entspricht daher nicht dem Kalenderjahr und endet i. d. R. unterjährig. Dabei ist zu beachten, dass bei ZN die Zuordnung von Ausgaben bzw. Belegen zum jeweiligen Förderjahr aus verwaltungsökonomischen Gründen anhand des Datums der Rechnung und nicht nach dem Datum der Leistung erfolgt. Das Rechnungsdatum als klares Abgrenzungskriterium dient auch dazu, versehentliche Doppelabrechnungen zu vermeiden.

Nur im (Schluss-)VN darf das Rechnungsdatum ausnahmsweise nach Ende des Förderjahres bzw. nach Ende des BWZ liegen. Hierbei ist zu beachten, dass Ausgaben (tatsächlich geleistete Zahlungen) grundsätzlich nur dann förderfähig sind,

wenn sie innerhalb des BWZ geleistet wurden; ausnahmsweise werden Ausgaben nach Ablauf des BWZ noch akzeptiert, sofern die korrespondierende Leistung innerhalb des BWZ vollständig erbracht wurde.

Wenn im aktuellen Förderjahr keine Ausgaben angefallen sind, muss zumindest ein Sachbericht mit entsprechenden Erläuterungen eingereicht werden.

Drei Monate nach Ende des BWZ ist ein (Schluss-)VN vorzulegen.

7.2.3 Modul 3

Abweichend zur Nr. 6.1 der ANBest-P bzw. ANBest-Gk ist der VN in Modul 3 innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des BWZ vorzulegen. Werden die Maßnahmen im Projekt früher abgeschlossen, kann der VN auch bereits vor Ende des BWZ eingereicht werden. Die Einreichung von ZN ist in Modul 3 weder möglich noch erforderlich. Dies gilt auch dann, wenn der BWZ verlängert wurde.

7.2.4 Modul 4

In Modul 4 erfolgt die Abrechnung auf Basis von Kalenderjahren. Es ist bis zum 31. März jeden Jahres ein Zwischennachweis vorzulegen, der sich auf das abgelaufene Kalenderjahr bezieht.

7.3 Einzureichende Unterlagen

	Modul 1	Modul 2	Modul 3	Modul 4
Tabellarische Belegliste	✓	✓	✓	✓
Rechnungen zur Belegliste	✓	(*)	✓	✓
Bestätigung Wirtschaftsprüfer/Steuerberater	✓	✓	✓	✓
Auflistung Personalausgaben	✓	✓	✓	
Vergabedokumentation	(**)	(**)	(**)	(**)
Nachweis Publizitätspflichten	(***)	✓	✓	
MBS/Trafoplan	✓			
Abschlussbericht	✓ Wenn bis LPH 4 beantragt			
Sachbericht		✓	✓	
Nachweis Wärmemenge				✓
Nachweis Strommenge				✓ bei WP

(*) In Modul 2 werden die Rechnungen stichprobenhaft durch das BAFA angefordert

(**) Eine Vergabedokumentation ist nur auf Anforderung durch des BAFA vorzulegen.

(***) In Modul 1 sind die Publizitätspflichten in der MBS bzw. im Trafoplan einzuhalten. Wenn es weitere Publikationen gibt, sind hierfür ebenfalls Nachweise einzureichen.

Für die Belegliste, die Übersicht der Personalausgaben und die Vergabedokumentation gibt es Vorlagen. Diese finden Sie auf der Homepage des BAFA:

www.bafa.de/bew -> Informationen zum Thema -> Formulare

7.4 Nachweise zum Finanzierungsplan

Im Online-VN ist der Finanzierungsplan zu aktualisieren und es sind die tatsächlich im Nachweiszeitraum angefallenen Ausgaben darzustellen. Hierin enthalten sind die internen Personalausgaben und externen Ausgaben. Zum Nachweis der internen Ausgabenpositionen ist das Formular „Auflistung der Personalausgaben“ ausgefüllt hochzuladen. Das BAFA behält sich vor, Einzelnachweise zu den geleisteten Stunden anzufordern. Die externen Ausgaben sind durch entsprechende Rechnungen zu belegen.

Hinweis: In **Modul 2** werden die im VN vorzulegenden Rechnungen durch das BAFA ausgewählt und ausdrücklich angefordert. Daher sind die Rechnungen in Modul 2 nicht direkt mit dem VN einzureichen. In **Modul 1 und 3** hingegen sind alle Rechnungen direkt mit dem VN einzureichen.

In **Modul 1 und 3** ist jeder Ausgabenposition im Finanzierungsplan nach der Eingabe der Daten auf der nächsten Seite ein Dokument als Nachweis (i. d. R. eine Rechnung) zuzuordnen. Dokumente, die für mehrere Ausgabenpositionen als Nachweis dienen, sind mehrfach hochzuladen. Die Zuordnung erfolgt beispielhaft in folgender Art und Weise:

Interne Ausgaben (u. a. Personalausgaben)	Geplante Höhe	Tatsächliche Höhe		Nachweise als Pflichtupload auf der Folgeseite
Projektleiter	10.000	8.000		Auflistung der Personalkosten.pdf
Projektingenieur	15.000	16.000		Auflistung der Personalkosten.pdf
Externe Ausgaben	Geplante Höhe	Tatsächliche Höhe		Nachweise als Pflichtupload auf der Folgeseite
Machbarkeitsstudie	50.000	40.000		Rechnung Ingenieurbüro XYZ.pdf
Probebohrung	20.000	22.000		Rechnung Firma ABC.pdf
Leistungsphasen 2 bis 4	700.000	650.000		Rechnung Ingenieurbüro ABC.pdf

Rechnungen müssen den Anforderungen von § 14 UStG entsprechen, also insbesondere den leistenden Unternehmer und den Leistungsempfänger, das Ausstellungsdatum, eine Rechnungsnummer, den Umfang und die Art der Leistung sowie den Leistungszeitpunkt bzw. -zeitraum enthalten. Außerdem sollen die Belege ein eindeutiges Zuordnungsmerkmal zu dem geförderten Projekt (z. B. Projektname, Aufgaben- bzw. Zweckbeschreibung oder die BAFA-Vorgangsnummer) enthalten. Handschriftliche Ergänzungen auf den Belegen reichen hierfür nicht aus.

7.5 Belegliste

Im Rahmen des VN eine ausgefüllte Belegliste hochzuladen, in der die Belege (i. d. R. Rechnungen) aufzuführen sind. Dafür ist zwingend die auf der Homepage bereitgestellte Vorlage zu verwenden.

Lfd Nr.	Bezeichnung	Betrag netto	Betrag brutto	Leistungszeitraum	Rechnungsdatum	Zahlungsdatum	Zahlungsempfänger	Bezeichnung im Online-Finanzierungsplan	Rechnung
1	Erstellung Machbarkeitsstudie	40.000	47.600	01.11.2022-28.09.2023	30.09.2023	15.10.2023	ABC GmbH	Machbarkeitsstudie	Rechnung1.pdf
2	Bohrung	22.000	26.180	02.05.2023-01.07.2023	18.08.2023	31.08.2023	Bohr AG	Probebohrung	Rechnung2.pdf
3	Planung	20.000	23.800	01.02.2023-31.08.2023	01.05.2023	08.05.2023	XYZ KG	LP 2 bis 4	Teilrechnung1.pdf
4	Planung	20.000	23.800	01.02.2023-31.08.2023	03.07.2023	11.07.2023	XYZ KG	LP 2 bis 4	Teilrechnung2.pdf
5	Planung	25.000	29.750	01.02.2023-31.08.2023	20.09.2023	28.09.2023	XYZ KG	LP 2 bis 4	Schlussrechnung.pdf

Es sind alle mit dem ZWB zusammenhängenden Ausgaben anzugeben. Etwaige Mehrausgaben führen aber nicht zu einer Erhöhung der bewilligten Fördermittel.

Die einzelnen Positionen in der Belegliste sind in der Spalte „Bezeichnung im Online-Finanzierungsplan“, den dortigen Positionen zuzuordnen. Es muss klar ersichtlich sein, welche Positionen in der Belegliste sich auf welche Positionen im Finanzierungsplan beziehen.

Hinweis: Es ist darauf zu achten, dass die Angaben im Finanzierungsplan, der Belegliste und den Rechnungen stimmig sind.

7.6 Bestätigung des Wirtschaftsprüfers oder Steuerberaters

Ein Wirtschaftsprüfer oder Steuerberater muss testieren bzw. bestätigen,

- dass die Angaben mit den Büchern und mit den Belegen übereinstimmen und
- dass die Zahlungen des Antragstellers tatsächlich getätigt wurden.

Für die Bestätigung ist ein formfreies, durch den Wirtschaftsprüfer oder Steuerberater unterschriebenes Dokument ausreichend, das die beiden o. g. Punkte enthält und deren Richtigkeit bestätigt. Ein gebundenes und gesiegeltes Wirtschaftsprüfertestat ist nicht notwendig. Der Prüfumfang ist vom Wirtschaftsprüfer oder Steuerberater zu dokumentieren. Die Ausgaben für den Wirtschaftsprüfer oder Steuerberater sind nicht förderfähig. Auch wenn nur interne Ausgaben angefallen sind, ist eine Bestätigung des Wirtschaftsprüfers oder Steuerberaters erforderlich.

Bei Kommunen und kommunalen Eigenbetrieben ist eine Bestätigung des kommunalen Rechnungsprüfungsamts alternativ zulässig.

7.7 Sachbericht

In Modul 2 und 3 ist ein Sachbericht anzufertigen. Der Sachbericht soll den (Um)bau des Wärmenetzes und die Verwendung der Fördermittel in Form einer Chronik schildern. Hierbei sind die wichtigsten Meilensteine zu benennen (z. B. der Zeitpunkt der Vergabe von Aufträgen, der Rechnungsstellung und der die Ausgabe begründenden Zahlung) und auf die technische Umsetzung einzugehen. Sollten im betreffenden Förderjahr Ausgaben für förderfähige Planungsleistungen angefallen sein, sind die Ergebnisse im Sachbericht zusammenzufassen. Abweichungen von den im Antragsverfahren eingereichten Planungsunterlagen sind zu benennen und zu erläutern.

8 Begriffsbestimmungen und Erläuterungen

Abwärme

Förderfähig sind Maßnahmen zur Integration von Abwärme in ein Wärmenetz. Hierbei muss unterschieden werden, ob es sich um Abwärme im Sinne der BEW oder nur um Wärme handelt. Abwärme ist Wärme, die als unvermeidbares Nebenprodukt in einer Industrie- oder Gewerbeanlage oder im tertiären Sektor (etwa IT-Rechenzentren etc.) anfällt und ohne den Zugang zu einem Wärmenetz ungenutzt in Umgebungsluft oder Wasser abgeleitet werden würde.

Wärme gilt als unvermeidbar, wenn diese aus wirtschaftlichen, sicherheitstechnischen oder sonstigen Gründen im Produktionsprozess nicht nutzbar ist und nicht mit vertretbarem Aufwand und technischen Effizienzmaßnahmen verringert werden kann. Durch die Nutzung der Abwärme dürfen mittelfristig keine Effizienzmaßnahmen verhindert werden.

Als Abwärme gilt Wärme aus

- einem Elektrolyseur zur Herstellung von Wasserstoff.
- reiner Klärschlamm-trocknung.
- der Kühlung von Gewerbe- und Industrieprozessen, da diese Wärme nicht für den selben Prozess genutzt werden kann und somit unvermeidbar ist. Kälte für Raumkühlung gilt nicht als Abwärme. Bei Kältenetzen müssen demnach alle Abnehmer Gewerbe- oder Industriekunden sein.
- einer Anlage, die Brennstoff für KWK-Anlagen erzeugt (z. B. Holzgas), da dies als Gewerbe-/Industrieprozess und auch als Biomasse gilt.

Wärme, die nicht als Abwärme gilt, kann trotzdem genutzt werden, die Maßnahmen hierfür sind aber nicht förderfähig.

Der Brennstoff ist für die Bewertung nicht relevant. Als Abwärme gilt nicht Wärme aus

- einer KWK- oder anderen stromerzeugenden Anlagen
- aus kalorischen Kraftwerken (Stromerzeugungsanlagen)
- Abwasser, dass durch fossile Erzeuger erwärmt wurde
- Thermischer Abfallbehandlung
- Anlagen, deren Zweck die Wärmebereitstellung ist (z. B. Restwärme aus Kessel, Rauchgaskondensation, Rückkühler). Die Nutzung dieser Wärme gilt als Betriebsoptimierung/Effizienzsteigerung der Wärmeerzeugung. Wärmepumpen zur Effizienzsteigerung können nur als Neubau und als Teil des Wärmeerzeugers gefördert werden, dessen Effizienz sie steigern. Die Art der ausgekoppelten Wärme entspricht dabei der des Wärmeerzeugers. Z. B. gilt die Wärme aus einer Wärmepumpe zur Effizienzsteigerung eines Biomassekessels als Wärme aus Biomasse und muss bei der Leitungslänge berücksichtigt werden.

Baukostenzuschuss

Ein Baukostenzuschuss ist eine Zahlung, die ein Endkunde leistet, um an ein Wärmenetz angeschlossen zu werden. Alle anderen Zahlungen sind Investitionskostenzuschüsse. Baukostenzuschüsse für Hausanschlüsse werden nicht als Einnahmen angerechnet und mindern entsprechend nicht die Fördersumme.

Bestandsanlagen und Bestandsnetz

Anlagen bzw. Wärmenetze gelten als Bestand, wenn sich diese seit mindestens einem Jahr im Betrieb befinden, also seit einem Jahr Wärme an die Wärmeendkunden liefern. Bestehende Netze, die zusammengeführt werden sind weiterhin Bestandsnetze. Wird ein Netz erweitert gilt das gesamte Netz als Bestandsnetz.

Besicherungsanlagen

Dies sind Wärmeerzeuger, welche nur bei Ausfall, Wartung oder Instandhaltung von Wärmeerzeugern Wärme zu Versorgungssicherheit bereitstellen. Wärmeerzeuger für Grund-, Mittel- oder Spitzenlast, sind keine Besicherungsanlagen.

Betriebs- und Vollbenutzungsstunden

Betriebsstunden sind die Stunden, in der die Anlage betrieben wird, unabhängig von der Leistung. Vollbenutzungsstunden sind die Stunden, in der die Anlage mit ihrer vollen Leistung Wärme bereitstellt.

Bilanzielle Belieferung

Bilanziell bedeutet, dass ein Liefervertrag mit einem Lieferanten geschlossen wurde, in dem festgehalten ist, dass für die gleiche Menge von fossilem Brennstoff an anderer Stelle die gleiche Menge Biomasse geliefert wird. Der Bezug aus einem öffentlichen Gasnetz ist demnach möglich.

Biomassestrom-Nachhaltigkeitsverordnung

Als Nachweis zur Einhaltung der Nachhaltigkeitskriterien gemäß BioSt-NachV dient die Selbsterklärung des forstwirtschaftlichen Erzeugerbetriebs, der nach einem für die Einhaltung der Nachhaltigkeitskriterien zugelassenen Zertifizierungssystem zertifiziert ist oder eine schriftliche Erklärung des Lieferanten. Dies kann als Anlage an den Lieferschein der Biomasse erfolgen. Möglich ist auch ein schriftlicher Verweis des Anlagenbetreibers auf dem Lieferschein oder der Rechnung auf die Bewertung des Risikos für die Nachhaltigkeit forstwirtschaftlicher Biomasseerzeugung. Voraussetzung ist, dass die Risikobewertung nach einem von der EU-Kommission für die Einhaltung der Nachhaltigkeitskriterien (Renewable Energy Directive (RED)) bzw. deren nationale Umsetzung durch die BioSt-NachV zugelassenen Zertifizierungssysteme anerkannt ist. Eine gesonderte Auditierung bzw. Zertifizierung der Biomasseanlagen ist nicht erforderlich.

Contractoren

Contractoren im Sinne der BEW übernehmen für den Contractingnehmer/Auftraggeber Planung, Bau, Betrieb, Instandsetzung und Optimierungen für ein Wärmenetz und tätigen dabei im eigenen Namen Investitionen, handeln auf eigene Rechnung, tragen das finanzielle und technische Risiko und geben Garantien über die Vertragslaufzeit. Es handelt sich bei Contractingverträgen also nicht um Wärmelieferverträge mit Endkunden. Contracting-Verträge gelten nicht als vorzeitiger Maßnahmenbeginn und müssen zumindest im Entwurf bei der Antragstellung vorgelegt werden. Der Vertrag und die nach Anhang 2 der Richtlinie BEW geforderten Erklärungen müssen bei Einreichung des ersten ZN bzw. des letzten VN vorliegen und erfüllt sein.

Dezentrale Wärmepumpen

Dezentrale Wärmepumpen erhalten das wärmeführende Medium aus einem vorgelagerten Wärmenetz. Die Ausgaben sind förderfähig, wenn sich diese in im Eigentum des Antragstellers befinden.

Dritteinspeiser

Anträge durch Dritteinspeiser sind in Modul 2 oder 3 der BEW zulässig. Der Dritteinspeiser muss den Trafoplan des Wärmenetzes in seinem Antrag berücksichtigen und eine vertragliche Regelung mit dem Eigentümer oder Betreiber des Wärmenetzes zur Einbindung der Komponenten seinem Antrag beifügen.

Erneuerbare Energien und Treibhausgasneutralität

Als erneuerbare Energien gelten alle Wärmemengen aus förderfähigen Wärmeerzeugern mit einer förderfähigen Wärmequelle. Wärme aus Anlagen zur Bereitstellung von Abwärme und geothermischen Heizkraftwerken gelten nicht als EE. Nicht förderfähige Anlagen werden als EE bzw. Biomasse anerkannt, wenn ausschließlich Biomethan (bilanziell), Bio-, Klär- oder Deponiegas sowie feste Biomasse verwendet werden. Wärme, die als EE gilt, ist auch immer treibhausgasneutral. Strom aus Power-Purchase-Agreements (PPA) zählt nicht zu EE.

Erweiterung eines Wärmenetzes

Wird ein bestehendes Wärmenetz erweitert, gilt die Erweiterung als Neubau, wenn die darin eingespeiste Wärmemenge weniger als 20% von der gesamten Wärmemenge (Summe aus bestehendem Wärmenetz und Erweiterung) beträgt. Beträgt die eingespeiste Wärmemenge aus dem bestehenden Wärmenetz mehr als 20% gilt die Erweiterung als Transformation.

Förderfähige Wärmeerzeugungsanlagen

Förderfähige Wärmeerzeuger sind:

- Abwärme
- Anlagen zur Verbrennung fester Biomasse
- PVT-/Hybridanlagen, wenn
 - diese keine andere staatlichen Förderungen Umlagen, etc. für den Strom erhalten und
 - Strom und Wärme so weit wie möglich im Wärmenetz genutzt werden. Dies ist in den Planungsunterlagen zu beschreiben.
- Solarthermieranlagen
- Tiefe Geothermie
- Wärmepumpen zur Nutzung von Umgebungswärme (siehe förderfähige Wärmequellen)

Ein realistischer Ausstiegspfad aus fossilen KWK, der nicht überwiegend auf einem Umstieg auf Wasserstoff und synthetische Brennstoffe besteht, ist vorzuzeichnen. Deshalb sind Anlagen zur Verbrennung von grünem Wasserstoff und synthetischen Brennstoffen bis maximal 50% der Wärmeeinspeisemenge zulässig aber nicht förderfähig. Die Rolle der langfristig mit Wasserstoff oder synthetischen Brennstoffen betriebenen KWK-Anlagen im Wärmenetz muss mit diesem Zielbild kompatibel sein. Bei synthetischen Brennstoffen muss gezeigt werden, dass diese aus nachhaltige Herkunft stammen.

Förderfähige Wärmequellen

Förderfähige Wärmequellen sind Abwärme, Biomasse, Solarthermie und Umweltwärme (z. B. Luft, Erdwärmekollektoren und -sonden sowie oberflächennahe und tiefe Geothermie, Luft, Grund-, Fluss-, See- und Abwasser).

Förderjahr

Ein Förderjahr entspricht nicht dem Kalenderjahr. Es beginnt mit dem ersten Tag des BWZ und endet ein Jahr später. Beispiel: Der BWZ beginnt am 27.10.2025, dann beginnt das Förderjahr am 27.10.2025 und endet am 26.10.2026.

Gebäude

Als ein Gebäude gilt jede vollständig abgeschlossene Gebäudehülle (Gründung, Wände, Türen, Fenster, Dach), welche einen Wärmebedarf hat. Zur Abgrenzung zwischen Gebäuden und Gebäudeteilen kann die Auslegung zu § 79 Absatz 2 Satz 1 GEG 2020 (Ausstellung von Energieausweisen für Wohngebäude) sinngemäß herangezogen werden. Demnach soll die Abgrenzung im Einzelfall anhand folgender Anhaltspunkte erfolgen:

- selbständige Nutzbarkeit
- trennbarer räumlicher und funktionaler Zusammenhang
- Abgrenzung durch die wärmeübertragende Umfassungsfläche
- eigene Hausnummer
- Eigentumsgrenzen
- eigener Eingang
- Trennung durch Brandwände
- der Gebäudeteil könnte unabhängig von den anderen Gebäudeteilen statisch stehen

Anhand dieser Kriterien ist zu prüfen, welche Anhaltspunkte dafürsprechen, die Gesamtheit von Teilgebäuden als ein Gebäude zu betrachten und welche Anhaltspunkte dafürsprechen, von mehreren Gebäuden auszugehen. Dabei sprechen insbesondere eine selbständige Nutzbarkeit und ein trennbarer räumlicher und funktionaler Zusammenhang für das Vorliegen eines Gebäudes. Die Anhaltspunkte sind Indizien und sind bei alleiniger Erfüllung grundsätzlich nicht aussagekräftig. Eine Beschreibung der Anhaltspunkte findet sich im GEG-Infoportal unter

https://www.bbsr-geg.bund.de/GEGPortal/DE/Archiv/EnEV/EnEV2013/FAQ_EnEV/Fragen/Frage10.htm

Bei Doppelhaushälften und Reihenhäusern o. ä. zählt jedes Teilhaus als separates Gebäude, sofern es einen separaten Hausanschluss oder Hausübergabestation und jedes Haus einen von den anderen Häusern hydraulisch getrennten Heizkreislauf hat.

Sind bei Einkaufszentren, Produktionshallen, Schulgebäuden, Krankenhäuser, Hotels etc. die jeweiligen Gebäudeabschnitte vollständig voneinander getrennt und verfügen über keinen gemeinsamen Zugang, kann jeder Gebäudeabschnitt als ein Gebäude anerkannt werden. Ein Hotel zählt als Gebäude, die Hotelzimmer zählen aber nicht als Wohneinheit.

Gebäude, die nur Prozesswärme benötigen, können förderunschädlich angeschlossen werden. Diese Gebäude werden aber nicht als Gebäude gezählt und die Kosten hierfür sind nicht förderfähig. Es wird die gleiche Definition für Gebäude wie bei der Bundesförderung für effiziente Gebäude verwendet.

Gebäudeabschnitte, die nicht als Gebäude zählen können eine Hausübergabestation gefördert bekommen, wenn mindestens 17 förderfähige Gebäude bzw. 101 Wohneinheiten angeschlossen werden. Hat ein Gebäude 101 Wohneinheiten, muss mindestens noch ein weiteres Gebäude versorgt werden, da es sich sonst nicht um ein Wärmenetz gemäß BEW handelt.

Die Einschätzung eines Energieeffizienz-Experten aus der BEG-Förderung ist für die Bewilligung in der BEW nicht ausreichend bzw. entscheidend.

Geothermie

Oberflächennahe Geothermie ist die Nutzung von Erdwärme bis 400 m Tiefe. Ab 400 m gilt dies als tiefe Geothermie.

Hausanschlussleitung

Die Hausanschlussleitung ist eine eigenständige Leitung, die ausschließlich zur Belieferung des Hausanschlusses genutzt wird. Sie zweigt vom Verteilnetz ab und weist keine weitere Verzweigung auf.

Heizstab/direktelektrische Wärmeerzeugung/Elektrodenkessel/Power to Heat

Diese sind nicht förderfähig können aber Teil des treibhausgasneutralen Zielbildes bis 2045 sein (aufgrund der gesetzlichen Verpflichtung der Stromnetzbetreiber zur Dekarbonisierung des Stromnetzes). Deren Anteil darf aber maximal 25% der Gesamtwärmemenge des Wärmenetzes bei Neubau und Transformation betragen.

Inbetriebnahme

Eine (vollständige) Inbetriebnahme liegt vor, wenn das Wärmenetz kontinuierlich mit Wärme versorgt wird. Ob Wärmeerzeuger in Teil- oder Volllast arbeitet ist irrelevant. Probelaufe o. ä. gelten nicht als Inbetriebnahme.

Kleinere und mittlere Unternehmen (KMU)

Ob ein Unternehmen als KMU gilt, richtet sich nach der Empfehlung 2003/361/EG. Nicht als ein KMU gilt demnach,

- wer 250 oder mehr Personen beschäftigt oder
- wer weniger als 250 Personen beschäftigt, aber mehr als 50 Mio. Euro Jahresumsatz und mehr als 43 Mio. Euro Jahresbilanzsumme hat.

Daneben sind auch die Beteiligungsverhältnisse zu betrachten. So gelten nach Artikel 4 der Empfehlung Unternehmen, an denen die öffentliche Hand zu mehr als 25% beteiligt ist, nicht als KMU. Artikel 3 Absatz 2 definiert eine Reihe von Ausnahmen hierzu. Für Unternehmen, an denen autonome Gebietskörperschaften zu mehr als 25% beteiligt sind, gilt etwa, dass diese als KMU gelten, wenn der Haushalt der Gebietskörperschaft weniger als 10 Mio. Euro beträgt und sie weniger als 5.000 Einwohner hat. Eine autonome Gebietskörperschaft, die diese Bedingungen erfüllt, kann dann mit bis zu 50% an einem Unternehmen beteiligt sein, bevor es seinen KMU-Status verliert (ansonsten gilt das Unternehmen nach Artikel 3 Absatz 3 als verbundenes Unternehmen). Ggf. sind für die Ermittlung der Unternehmenskennzahlen die Daten weiterer Unternehmen hinzuziehen, wenn es sich bei diesen um Partnerunternehmen des Antragstellers oder um mit dem Antragsteller verbundene Unternehmen handelt. Inwieweit die genannten Kriterien erfüllt werden ist vom Antragsteller zu prüfen.

Kumulierung

Gemäß 7.3 der Richtlinie BEW darf die Förderung nicht mit anderen staatlichen Beihilfen für das gleiche Projekt kumuliert werden, außer es sind nicht dieselben förderfähigen Ausgaben betroffen. Als staatliche Beihilfe gelten u. a.:

- Bundesmittel, Landesmittel und kommunale Förderungen
- EU-Mittel (z. B. EFRE)
- auf dem Beihilferecht basierende Förderdarlehen, auch wenn sie einen Subventionswert von 0 haben

Beihilfefreie Darlehen oder Garantien fallen nicht unter das Kumulierungsverbot. Darlehen sind also nur betroffen, wenn sie staatliche Beihilfen sind. Darlehen von KfW oder Landesförderbanken sind z. B. beihilfefrei, wenn die Kreditvergabe zu Marktkonditionen erfolgt. Enthalten diese aber Förderelemente wie z. B. einen Tilgungszuschuss oder einen marktunüblich niedrigen Zinssatz, sind diese nicht beihilfefrei.

Wenn es sich nicht um staatliche Beihilfen handelt, greift das Kumulierungsverbot nicht. Ob es sich bei den Fördermitteln, Krediten, Leistungen, etc. um eine staatliche Beihilfe handelt, muss der Antragsteller mit der Stelle klären, welche diese zur Verfügung stellt.

Es dürfen keine Anträge bei verschiedenen Förderprogrammen parallel gestellt werden, um sich dann für eines zu entscheiden.

Leitungslänge

Die Leitungslänge ist die Länge aller Wärmeverteilungen im Endzustand des (um)gebauten Wärmenetz inklusive bestehender Leitungen. Zur Leitungslänge zählen nur die Vorlaufleitungen von den Wärmeerzeugern bis zum Anschluss der Gebäude. Hausanschlussleitungen unter 100 m können unberücksichtigt bleiben.

Maßnahmenpaket (Modul 2)

Maßnahmenpakete sind sachlich zusammenhängende Investitionsmaßnahmen, die in einem Zeitraum von jeweils vier Jahren durchgeführt werden können (mit der Möglichkeit einer Verlängerung um maximal zwei Jahre). Sie enthalten alle notwendigen Maßnahmen, welche im Rahmen eines Trafoplane oder einer MBS definiert werden für Wärmenetze, welche die Anforderungen innerhalb des Förderzeitraums von vier Jahren nicht erreichen können. Die zeitliche Überlappung

von Maßnahmenpaketen innerhalb desselben Wärmenetzes ist zulässig. Die Leistungen der verschiedenen Maßnahmenpakete müssen kostentechnisch, räumlich, organisatorisch und planerisch voneinander abgrenzbar sein. Ein Maßnahmenpaket kann dabei auch nur aus einer großen Maßnahme bestehen.

Pro Maßnahmenpaket ist ein Antrag zu stellen. Die Angaben im Antrag beziehen sich dann auf den Zustand des Wärmenetzes nach Umsetzung des beantragten Maßnahmenpakets. Dem Antrag ist eine Übersicht aller Maßnahmenpakete mit einer Auflistung und kurzen Beschreibung der in den Paketen enthaltenen Maßnahmen beizufügen.

Werden die Maßnahmen eines Pakets schneller realisiert, können durch eine Aufstockung die nächsten Maßnahmen durchgeführt oder das nächste Maßnahmenpaket beantragt werden. Es muss aber so geplant werden, dass die vier Jahre eines Pakets gut ausgenutzt werden.

Neubau eines Wärmenetzes

Der Neubau eines Wärmenetzes ist entweder die erstmalige Errichtung eines Wärmenetzes oder die Erweiterung eines bestehenden Wärmenetzes abhängig von der Wärmemenge, siehe Erweiterung eines Wärmenetzes.

Planungsunterlagen

Planungsunterlagen sind z. B. technische Zeichnungen, Prinzip-Schemen, Datenblätter oder technische Herstellerbeschreibungen. Prinzip-Schemen dienen der besseren Darstellung des Wärmenetzsystems und können sein:

- Hydraulikschema des Wärmenetzes
- Netzplan
- Ausgestaltung der Hausübergabe
- Einbindung von Wärmeerzeugern und Speichern
- Schema zur Wärmequellenerschließung

Spitzenlastabdeckung

Auch diese Anlagen müssen bis 2045 treibhausgasneutral sein, unabhängig davon, ob diese förderfähig sind oder nicht.

Thermische Abfallbehandlung (TAB)

Anlagen zur TAB sind nicht förderfähig. Die Wärme aus TAB-Anlagen gilt weder als Abwärme noch als Wärme aus Biomasse. Dabei ist es unerheblich, um welchen Typ es sich bei der TAB handelt (Müllheizwerk, Müllkraftwerk, ...). Die Wärme kann aber in ein Wärmenetz eingespeist werden, wenn die THG-Neutralität bis 2045 sichergestellt ist. Es muss aber betrachtet werden, was verbrannt wird:

- Gemäß § 3 Nr. 1 des KrWG sind alle Stoffe oder Gegenstände, derer sich Ihr Besitzer entledigt, entledigen will oder entledigen muss Abfälle. In diesem Fall handelt es sich um eine TAB.
- Werden ausschließlich Stoffe aus der Brennstoffliste im Anhang 1 der Richtlinie BEW (außer Altholz A4) bzw. der Brennstoffliste aus der 44. BImSchV verbrannt, gelten diese Stoffe nicht als Abfälle, sondern als Biomasse. In diesem Fall handelt es sich nicht um eine TAB, sondern um einen Wärmeerzeuger.
- Wird Abfall und Biomasse verbrannt,
 - gilt die gesamte Wärmemenge als Wärme und nicht als Abwärme unabhängig von den Anteilen von Biomasse und Abfall und
 - der biogene Anteil von Abfall (Siedlungsabfall, Restmüll, Klärschlamm, etc.) muss nicht auf den Biomasseanteil bei der Leitungslänge angerechnet werden.

Soll die Wärme als treibhausgasneutral anerkannt werden, ist durch den Antragsteller zu erläutern wie die Emissionen bis 2045 vermieden werden. Eine Bestätigung durch den Betreiber der TAB ist nicht erforderlich. Wird dies aber nicht umgesetzt, können Fördergelder zurückverlangt werden. Eine Vermeidung der Emissionen kann durch Technologien wie z. B. Carbon Capture and Storage (CCS) oder Carbon Capture and Utilization (CCU) erfolgen. Die Ausgaben dafür sind nicht förderfähig.

Transformation eines Wärmenetzes (Modul 2)

Die Transformation eines Wärmenetzes ist entweder der Umbau oder die Erweiterung eines bestehenden Wärmenetzes abhängig von der Wärmemenge, siehe Erweiterung eines Wärmenetzes.

Verbundene Unternehmen

Inwieweit Unternehmen als verbundene Unternehmen gelten, richtet sich nach Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014, dort Artikel 3 Absatz 3.

Voruntersuchungen

Vorhandene Untersuchungen, Studien, kommunale Planungen, etc. zum (Um)Bau des Wärmenetzes sind als Voruntersuchung mit einzureichen. Keinesfalls können bereits vorliegende Untersuchungen beispielsweise aus dem Kontext der kommunalen Wärmeplanung erneut durch die BEW gefördert werden. Das BAFA behält sich vor einen Antrag abzulehnen, wenn der Inhalt der Voruntersuchungen weitestgehend mit der beantragten MBS bzw. dem Trafoplan übereinstimmt. Unabhängig hiervon können aber ggf. trotzdem Planungsleistungen gefördert werden.

Wärmeeinspeisemenge

Die Wärmeeinspeisemenge ist die Wärmemenge, welche die Wärmeerzeuger in ein Wärmenetz am Übergabepunkt einspeisen.

Wärmenetz

Ein Wärmenetz ist eine Einrichtung zur leitungsgebundenen Versorgung mit thermischer Energie, die eine horizontale Ausdehnung hat und dabei mehr als ein Gebäude versorgt. Gemäß Richtlinie BEW gilt für Wärmenetze die Definition nach EU-Richtlinie 2010/31 Artikel 2 Absatz 19 (Fernwärme):

„Fernwärme“ oder „Fernkälte“ die Verteilung thermischer Energie in Form von Dampf, heißem Wasser oder kalten Flüssigkeiten von einer zentralen Erzeugungsquelle durch ein Netz an mehrere Gebäude oder Anlagen zur Nutzung von Raum- oder Prozesswärme oder -kälte;

Das Wärmenetz beginnt ab dem letzten Wärmeerzeuger. Wird ein Wärmenetz von verschiedenen Standorten aus versorgt, gilt dies für den jeweiligen Wärmeerzeuger am jeweiligen Standort.

Ob es sich bei mehreren Teilnetzen um ein Wärmenetz handelt, ist grundsätzlich anhand der Eigentumsverhältnisse zu beurteilen. Alles was sich im Eigentum des Antragstellers befindet, gehört zum Wärmenetz unabhängig davon, ob die Teilnetze hydraulisch oder über Wärmeübertrager verbunden sind. Vollständig getrennte Wärmenetze, die in Zukunft verbunden werden sollen, sind in einem Trafoplan zu berücksichtigen und entsprechend ist nur ein Antrag zu stellen. Auch wenn mehrere Wärmenetze mit verschiedenen Eigentümern existieren, sind die zusammen in einer MBS bzw. in einem Trafoplan zu betrachten, wenn die Teilnetze hydraulisch oder mit Wärmetauscher verbunden sind. Erweiterungen und Neubauten sind so weit wie möglich zu berücksichtigen, da für diese grundsätzlich keine weitere MBS bzw. kein weiterer Trafoplan beantragt werden kann.

Wohneinheit

Als Wohneinheit gelten alle in einem abgeschlossenen Zusammenhang liegende und zu dauerhaften Wohnzwecken bestimmten Räume in Wohngebäuden, die die Führung eines eigenen Haushalts ermöglichen und daher mindestens über die folgende Ausstattung verfügen

- eigener abschließbarer Zugang
- Versorgungsanschlüsse
- Badezimmer mit oder separater Toilette
- Küche

Bei Alten-, Pflege- und Wohnheimen ist eine separate Küche entbehrlich, es reicht ein Zugang zu einer Küche. Apartments gelten als Wohneinheiten, wenn diese mindestens vier Monate im Jahr bewohnt sind. Dabei muss es sich nicht um dieselben Bewohner handeln.

Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
Leitungsstab Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Frankfurter Str. 29 - 35
65760 Eschborn

<http://www.bafa.de/>

Referat: 514

E-Mail: waermenetze@bafa.bund.de

Tel: +49(0)6196 908-1026

Fax: +49(0)6196 908-1800

Stand

16.12.2025



Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle ist mit dem audit berufundfamilie für seine familienfreundliche Personalpolitik ausgezeichnet worden.

Das Zertifikat wird von der berufundfamilie GmbH, einer Initiative der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.